Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Nekázanka 18 ♦ Teleph.: 26793, 31469, Nachtredakt. (ab 21 Uhr): 33558 ♦ Postscheckamt: 57544

12 Jahrgang. Freitag, 4. November 1932 Nr. 260.

Kabinett Malypetr stellt sich vor:

Das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung

Offene Sprache über die Staatsfinanzen. — Budgetausgleich die wichtigste Aufgabe. Kartellgesetz. — Nirgends darf verzweifelter Hunger auftreten!

Prag, 3. November. Heute nachmittag stellte sich die neue Regierung Malypetr beiden Häusern der Nationalversammlung mit einer Regierungserklärung vor, deren Inhalt wir an leitender Stelle ausführlicher würdigen.

Die Debatte über das Programm der neuen Regierung, das fast ausschließlich auf wirtschaftliche Gesichtspunkte eingestellt ist und dessen Wortlaut erst nach schärferen Auseinandersetzungen heute vormittag von den politischen Ministern fertiggestellt werden konnte, wird im Parlament am Freitag und Samstag, im Senat, dem eine gleichmäßige Austeilung der gesetzgeberischen Arbeit auf beide Häuser versprochen wird, im Laufe der nächsten Woche abgeführt werden.

Im Sinne der bereits vor längerer Zeit getroffenen Koalitionsvereinbarungen wurde von der Kammer der Agrarier Staněk zum Vorsitzenden an Stelle Malypetrs gewählt; hoffentlich werden dadurch auch tatsächlich die inneren Differenzen in der Agrarpartei, die man allgemein zum großen Teil auf Staněks gekränkten Ehrgeiz zurückführte, einigermaßen gemildert und damit auch innerhalb der Koalition eine gewisse Entspannung herbeigeführt werden. Die Rücksicht auf diese Momente war es jedenfalls, die die sozialistischen Parteien bestimmte, der Wahl Staněks ihre Zustimmung zu geben.

* *

Zu Beginn der Sitzung teilte der amtierende Vizepräsident Stivin zunächst die Resignation des neuen Ministerpräsidenten Malypetr auf den Posten des Vorsitzenden der Kammer mit. Inzwischen kamen die Mitglieder der neuen Regierung mit Malypetr an der Spitze vollzählig in den Saal und nahmen in der Ministerbank Platz. Neu sind lediglich die Minister Hodža und Černy, doch auch sie waren bereits früher wiederholt Mitglieder einer Regierung. Außer vereinzelten Zwischenrufen vollzieht sich die Vorstellung des neuen Kabinetts ohne jeden Zwischenfall.

Malypetr meldet sich gleich zu Wort und beginnt die Regierungserklärung zu verlesen. Die meisten Abgeordneten stehen von ihren Bänken auf und nehmen vor der Regierungsbank Aufstellung, um den stimmlich stark indisponierten Ministerpräsidenten besser verstehen zu können. Vor dem Aufgang zur Rednertribüne haben sich für alle Fälle ein paar handfeste Parlamentsangestellte postiert. Die Kommunisten beschränken sich jedoch auf vereinzelte Zwischenrufe und hämische Glossen, mit denen sie die Rede Malypetrs begleiten.

Die Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

Hohes Haus! Die neu ernannte Regierung der Republik, welche aus dem Zusammenwirken, der Zusammenarbeit, der Mitverantwortlichkeit und Gleichwertigkeit aller Komponenten der bisherigen Mehrheit hervorgegangen ist, steht — ebenso wie die letzte Regierung — vor Aufgaben, welche von Tag zu Tag ernster und schwerer sind.

Beispiellose Wirtschaftsnot.

Die allgemeine Wirtschaftsnot hat ihren Ausfluß auch in der staatlichen Wirtschaft zum Ausdruck gebracht, die überall im laufenden Wirtschaftsjahre große Abgänge aufweist und die Sorgen um die Zukunft erhöht. Die staatlichen Einnahmen sinken in adäquater Proportionalität zu dem gedrosselten Wirtschaftsleben, die staatlichen Ausgaben zeigen jedoch eine ansteigende Tendenz wegen der notwendigen Aufwendungen zur Linderung der Folgen der großen Arbeitslosigkeit der Industrie.

Es gibt kein Beispiel in der Geschichte für den Zustand, in welchem sich derzeit die Weltwirtschaft befindet, und es ist nicht möglich, sich mit der Theorie über den zeitlichen Wechsel von Konjunkturen und Krisen zu trösten.

Es ist daher notwendig, der harten Tatsache ins Auge zu sehen, welche zeigt, daß wir uns in einer Phase einer tiefen Störung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen befinden, welche in ihrer langjährigen und ruhigen Entwicklung durch den Weltkrieg zerstört worden sind. Es darf nie vergessen werden, daß dieser nicht nur Millionen von Menschenleben, sondern auch eine unzählige Menge wirtschaftlicher und sittlicher Werte vernichtet hat.

Die trügerische Konjunktur 1926–1929.

Die kurze Zeit gesteigerter wirtschaftlicher Tätigkeit und des Wohlstandes in den Jahren 1926 bis 1929 wird in einem längeren zeitlichen Abstande als wirtschaftlicher Irrtum beurteilt werden, den das Leben der Völker in sorgloser Selbsttäuschung über die vollständige Beseitigung der katastrophalen Folgen des Weltsturmes der Jahre 1914 bis 1918 durchgemacht hat.

Nach hartem Erwachen aus diesem Irrtum kehrt die Welt zu der Erkenntnis zurück, daß die Grundlage eines geordneten Wirtschaftslebens dessen Ausgeglichenheit — das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben — bildet.

Ueberall wo das Einkommen die Ausgaben übersteigt, ersprießt Wohlstand, im umgekehrten Falle droht der Verfall. Dies gilt auch für die staatliche Wirtschaft, und zwar um so mehr, je durchdringender der Einfluß des Staates auf das Leben der Bürger ist und umgekehrt.

Eine Defizitwirtschaft, welche das Volk treffend eine Bergab-Wirtschaft nennt, hat letzten Endes immer den Landwirt und oft auch das Unternehmen zugrunde gerichtet. In der staatlichen Wirtschaft würde sie die Grundlagen der staatlichen Unabhängigkeit gefährden und würde zum Ruine der gesamten Privatwirtschaft führen.

Aus diesem Grunde hält es die Regierung für ihre erste Pflicht, die staatliche Finanzwirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen. Da das Maß einer erträglichen Belastung der Bevölkerung nahezu erreicht ist, muß an eine wesentliche, wenn auch harte Herabsetzung der staatlichen Ausgaben geschritten werden.

Defizit 1150 Millionen.

Mit welchen Schwierigkeiten hiebei gerechnet werden muß, ergibt sich aus einigen Ziffern des voraussichtlichen Voranschlags der eigentlichen Staatsverwaltung. Die Analyse dieser Ziffern wird für die Oeffentlichkeit die Grundlage für die gehörige Beurteilung der Tatsachen sein, aber auch gleichzeitig ein Schutz gegen eine sei es beabsichtigte, sei es unbeabsichtigte Verzeichnung der Wahrheit.

Die Ausgabe der eigentlichen Staatsverwaltung wird nach einigen bereits vorgenommenen sachlichen und Personalersparnissen voraussichtlich 9177 Millionen Kč betragen.

Hievon entfallen auf die Personalausgaben ungefähr 4155 Millionen Kč und der Rest von 5022 Millionen Kč auf die Sachausgaben. Da in diesen eine Post von 1870 Millionen Kč für die Verzinsung der Staatsschuld enthalten ist, verbleiben bloß zwei wandlungsfähige Gruppen, und zwar die Personalausgaben von 4155 Millionen Kč und die Sachausgaben mit 3152 Millionen Kč.

Da den voraussichtlichen Ausgaben gegenüber ungefähr 8.027 Millionen Kč ordentliche Einnahmen erwartet werden können, wird der Abgang der eigentlichen Staatsverwaltung ungefähr 1136 Millionen Kč betragen, welche an den Ausgaben eingespart werden müssen.

Wenn dies nur in den Sachausgaben erspart werden sollte, müßten diese fast um 40 Prozent herabgesetzt werden. Wenn dies beim besten Willen nicht möglich sein wird, wird nichts übrig bleiben, als an eine Herabsetzung der Personalausgaben zu schreiten, welche in ihrer Gesamtheit einen für unsere Verhältnisse unangemessen großen Betrag ausmachen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß bemerkt werden, daß außer den bereits angeführten Personalausgaben in der eigentlichen Staatsverwaltung die Personalausgaben bei den staatlichen Unternehmungen 3583 Millionen Kč und der Ersatz der Lehrergehalte der Volksschulen ungefähr 1050 Millionen Kč betragen.

Personalaufwand 8738 Millionen.

Die Summe aller Personalaufwendungen einschließlich der Pensionen, welche aus der Staatskasse und aus den staatlichen Unternehmungen gezahlt wird, beträgt jährlich 8738 Millionen Kč.

Die letzte Regierung und die Vertreter der Mehrheit haben sich vor der Ernennung der Regierung mit dieser Frage auf das gewissenhafteste beschäftigt und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es voraussichtlich notwendig sein wird, den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, womit eine Ersparung auch an Personalausgaben von jährlich wenigstens 600 Millionen Kč mit einer gleichzeitigen Gültigkeit für die Personalausgaben der Selbstverwaltungsverbände, und zwar auf zwei Jahre, sichergestellt wird. Die Regierung ist überzeugt, daß es unter Mithilfe der parlamentarischen Ersparungskommission, welche ihre Tätigkeit aufnehmen wird, sobald das einschlägige durchberatene Gesetz verwirklicht sein wird, und unter fleißiger Mitarbeit der Kommission für die Reform der öffentlichen Verwaltung, welche durch Sachverständige aus dem praktischen Leben wird ergänzt werden müssen, möglich sein wird, zu dem derzeitigen Stande zurückzukehren, allerdings unter der Bedingung, daß es durch den natürlichen Abgang zu einer wesentlichen Herabsetzung der Zahl der Bediensteten kommen wird. Es ist selbstverständlich, daß bei dem Voranschlag der staatlichen Unternehmungen nach denselben Grundsätzen vorgegangen werden wird.

Die Regierung wird die notwendigen Gesetzesvorlagen sowohl für die Sicherstellung der notwendigen Ersparungen als auch für die Beschaffung der Bedeckung der außerordentlichen Ausgaben zum Teile vor, zum Teile spätestens mit dem Entwurfe des Finanzgesetzes und des Voranschlages vorlegen.

Eine ausgeglichene Staatswirtschaft ist die alleinige sichere Grundlage eines gesunden Wirtschaftslebens der Gesamtbevölkerung. Sie schützt ihren empfindlichsten Nerv — die Währung — vor allen Erschütterungen und Ränken. Eine feste Währungsstabilität befestigt das Vertrauen, verdrängt die Befürchtungen der Eingeschüchterten und verstärkt die Sparsamkeit, welche die ausgiebigste und verläßlichste Quelle ist, die das Volksvermögen vermehrt. Aus Vertrauen wächst Arbeits- und Unternehmungslust; beide sind uns höchst notwendig.

Zinsfußherabsetzung.

Die Regierung erwartet auch — als natürliche Folge der Ordnung in den Staatsfinanzen — eine erhöhte Bewegung auf dem Geldmarkte, dessen größere Elastizität und eine sehr wesentliche Verbilligung des Kredites, sowohl für die öffentliche als auch die landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Unternehmertätigkeit. Die Regierung wird alles hiezu Erforderliche unternehmen.

Die Regierung wird sich fleißig mit dem schwierigen Problem der vorerwähnten Störung der wirtschaftlichen Beziehungen befassen und wird um die sukzessive Regelung derselben Sorge tragen, um die Kaufkraft der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft neuerlich zu beleben, welche — namentlich unter der gegenwärtigen Einschränkung des Welthandels — die einzige Möglichkeit für eine wesentliche Linderung der wirtschaftlichen Krisis und für die Herabsetzung der Arbeitslosigkeit bietet.

Wie dringend die Regelung dieser Verhältnisse notwendig ist, zeigt am besten die Vergleichung der auf die Goldparität überführten Preise der beiden wichtigsten Lebensbedürfnisse: Roggen und Kohle. Der Großhandelspreis von 100 kg Roggen beträgt derzeit 78 Prozent und von 100 kg Kohle 168 Prozent, von Koks 205 Prozent des Vorkriegspreises. Es wäre möglich, eine Reihe von zwar weniger schreienden Beispielen anzuführen, welche jedoch trotzdem beweisen, daß unter solchen Verhältnissen eine dauernde Gesundung des wirtschaftlichen Lebens nicht zu erreichen ist. Bei den Erwägungen über geeignete Mittel zur Remedur sind alle Einflüsse zu berücksichtigen, welche den Gesundungsprozeß der Ausgleichung der Preise aufhalten.

(Schluß auf Seite 2)

Die Erklärung der Regierung.

Die Regierung hat sich gestern den beiden Häusern des Parlaments mit einer Erklärung vorgestellt, die in großen Zügen das Programm, das sich das neue Kabinett gesetzt hat, skizziert, das allerdings der ganzen Sachlage nach vorläufig nur ein Rahmenprogramm sein kann. Es beschränkt sich unter dem Ernst der schweren Lähmung des Wirtschaftslebens und der drückenden finanziellen Sorgen des Staates auf das wirtschaftliche Moment und weist auf die großen und verantwortungsvollen Aufgaben hin, welche in dieser Zeit der Not der Regierung erwachsen.

In den Mittelpunkt der Erwägungen stellt die Erklärung die Sorge für die Bewahrung des Gleichgewichtes zwischen den Staats-Ausgaben und -Einnahmen und hebt mit Recht hervor, daß eine Defizitwirtschaft für die Bevölkerung und wahrhaftig nicht zuletzt für die Lohn- und Gehaltsempfänger verhängnisvoll sich auswirken müßte. Das wird sicher Verständnis finden, denn wenn auch die Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik die Schrecken einer Inflation am eigenen Leibe nicht kennen gelernt hat, so hat sie doch genug Gelegenheit gehabt, an dem Schicksal anderer Staaten zu erkennen, was Geldentwertung insbesondere für die arbeitenden Menschen bedeutet. Eine Frage ist allerdings, wie die Erhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte bewirkt werden soll. Wenn aus der in der Erklärung enthaltenen Wendung, in der gesagt wird, das Maß einer erträglichen Belastung der Bevölkerung sei nahezu erreicht und daher müsse an eine wesentliche Herabsetzung der staatlichen Ausgaben geschritten werden, wenn also aus dieser Wendung gewisse bürgerliche Parteien etwa herauslesen wollten, daß bei den Besitzenden überhaupt nichts mehr herausgeholt werden dürfe und daß man nun lustig an einen Abbau der sozialen Lasten werde gehen können, so wäre eine solche Meinung höchst irrig.

Jener Teil der Erklärung, der sich mit der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen in der Staatsverwaltung befaßt, wird im Lande draußen gewiß Verständnis finden, es wird aber auch die Auffassung sich geltend machen, daß am richtigen Ort gespart werden muß und nicht etwa bei den Krisenopfern. Solche Tendenzen sind unzweifelhaft vorhanden, hat doch die größte Partei, die Partei der tschechischen Agrarier auf ihrem sonntägigen Parteitage eben erst eine „Revision" der sozialpolitischen Gesetzgebung, eine „Lösung" der Arbeitslosenfrage, natürlich im Sinne der Verschlechterung des Genter Systems, eine „strenge Kontrolle" der Unterstützungsbeiträge und schließlich sogar die Einführung der Arbeitspflicht verlangt. Man erkennt, daß es verschiedene Arten des Sparens gibt. Die Liebesgaben, die den Agrariern aus dem Staatssäckel zufließen, sollen nicht nur unverkümmert weiterfließen, im selben Atemzuge, da sie den traurigen Mut aufbringen, den armen Arbeitslosen von ihren kargen Unterstützungen noch ein Stück abzuzwacken, verlangen sie selber erhöhte Subventionen. Es kennzeichnet den Egoismus, aber auch das soziale Verständnis dieser Partei, wenn sie mit solchen Absichten, deren Geltendmachung sie innerhalb der Regierung nicht unterlassen wird, in diesen furchtbarsten aller Hungerwinter hineinzugehen sich bereit macht.

Aus den Worten der Regierungserklärung ist freilich eine solche Absicht nicht herauszufinden. Es wird im Gegenteil darin versichert, die steigende Zahl der Arbeitslosen erfordere sorgfältigste Beachtung und es sei Aufgabe der mit der sozialen Fürsorge betrauten Organe dafür zu sorgen, daß nirgends verzweifelter Hunger eintrete. Es bleibt aber abzuwarten ob gewisse bürgerliche Regierungsparteien auch in der Tat diesem Grundsatze Rechnung

zu tragen bereit sein werden und ob sie willens sind, von den beabsichtigten Anschlägen auf die Krisenopfer abzustehen. Sollten sie es nicht tun, so würden sie einen Widerstand entfesseln, von dem sie sich kaum eine Vorstellung machen können. Hunger und Verzweiflung draußen im Lande sind so ungeheuerlich, daß jede weitere Verschärfung, herbeigeführt durch den sozialen Ungeist bürgerlicher Parteien, ausgeschlossen bleiben muß.

Das Programm der Regierung geht nicht in Einzelheiten, es beschränkt sich auf die Festlegung gewisser Richtlinien. Die Regierung gedenkt, Maßnahmen zu treffen, um eine Defizitwirtschaft im Staatshaushalte zu vermeiden und so einer Erschütterung der Währung vorzubeugen; sie will daran gehen, der Krise nach Möglichkeit entgegenzuwirken; schließlich — und das darf nicht in letzter Linie stehen — verspricht sie, die Arbeitslosen wenigstens vor dem Aeußersten zu bewahren. Das alles dürfen nicht bloß Worte bleiben, sondern müssen in die Tat umgesetzt werden. Die sozialistischen Parteien in der Regierungsmehrheit werden jedenfalls nicht ermangeln, ihre Kraft aufzubieten, zu verhindern, daß die Lasten der Krise in noch höherem Maße auf die Schultern der arbeitenden Menschen abgewälzt werden. Was nottut, das hat der Fürsorgeminister in seinem letzten Exposee deutlich ausgesprochen: Sorge für Arbeitsbeschaffung, Verkürzung der Arbeitszeit und gesetzliche Regelung des Arbeitsmarktes. Das sind die drei Kardinalpunkte eines wirklichen Wirtschaftsprogramms und eines Programms, wie es die Lage erheischt und für seine Erfüllung heißt es mit aller Leidenschaft und Zähigkeit zu kämpfen!

Die Grüne Internationale tagt.

Prag, 3. November. Im landwirtschaftlichen Kulturhause in der Weinberge wurde heute vormittags die Konferenz des Internationalen Agrarbüros eröffnet, an welcher außer den tschechoslowakischen Delegierten solche aus elf europäischen Staaten teilnahmen. Den Vorsitz bei der Konferenz führt Landwirtschaftsminister Dr. Hodža, welcher den Vorsitzenden Dr. Svehla vertritt.

In seiner Eröffnungs- und Begrüßungsansprache erklärte Minister Dr. Hodža in der französischen und deutschen Ansprache, daß die Konferenz des Internationalen Agrarbüros vor der in London zusammentretenden Weltwirtschafts- und Währungskonferenz stattfindet. Infolgedessen werden die Delegierten in der Lage sein, wichtige Fragen der Landwirtschaftspolitik zu diskutieren, um eine gemeinsame Grundlage zu finden. Für die wichtigste Frage des gegenwärtigen Kongresses erachtet der Minister die Organisierung des landwirtschaftlichen Kredites. Im weiteren Verlaufe der Ansprache gab der Minister eine Uebersicht über die Entwicklung der Agrarbewegung in den einzelnen europäischen Staaten.

Sodann ergriff der Generalsekretär Gesandter Mečík das Wort, um Bericht über die landwirtschaftliche Krise zu erstatten.

Hierauf wurde die Debatte eröffnet, welche auch nachmittags fortgesetzt wird.

War die Tür geöffnet?

Eine Hauptfrage im Stříbrný-Prozeß.

Iglau, 3. November. Zu Anfang des 17. Verhandlungstages im Prozeß gegen den Abgeordneten Stříbrný und Sichrovský wurde vom Gerichte einigen Anträgen des Verteidigers Dr. Rašín zugestimmt.

Der Zeuge Jar. Bit, der Mitinhaber eines Revisionsbüros in Prag, der bereits früher vor Gericht ausgesagt hatte, war der Vorstand der Revisionsabteilung der Jednota malozemědělců (Kleinlandwirtevereinigung), wo im Jahre 1920 Stříbrný amtiert hatte. Das Interesse des Gerichtes konzentrierte sich nun auf die Umstände, ob aus der Direktionskanzlei, in der Stříbrný amtierte, die Türe, die auf den Gang führte, verschlossen war, oder ob durch diese Türe hindurchgegangen wurde. Bei der Konfrontierung der beiden Zeugen Exner und Bit verharrte ersterer auf seiner Behauptung, daß diese Tür bis zum Oktober 1920 benützt wurde, während Bit seinerseits behauptete, er hätte diese Tür niemals offen gesehen. Darüber, welcher Verkehr in diesem Amte geherrscht hatte usw. werden weitere fünf Zeugen gehört werden.

Der Zeuge Stan. Čermák, Restaurateur in Brünn, der ebenfalls früher einvernommen worden war, war im Jahre 1920 in Zavřels Restauration der zweiten Klasse des Prager Wilsonbahnhofs als Speiseträger angestellt. Čermák sagte eingehend über die Besuche der Gäste in der Restauration aus, sowie über deren Bedienung. Stříbrný kannte er bereits aus der Vorkriegszeit. Er hatte ihn des öfteren in der Restauration am sogenannten Ministertische sitzen gesehen, während Sichrovský an einem anderen Tische gesessen hatte.

Der Zeuge sagt weiters aus, es sei ihm außer einem Gruß Sichrovskýs durch Verbeugung gegen den Ministertisch hin und eine darauf erfolgende Antwort Stříbrnýs durch Kopfnicken über Beziehungen der beiden nichts bekannt. Zeuge führt weiters aus, daß möglicherweise Stříbrný niemals selbst bei Tische gesessen sei. In einem Falle hatte jedoch Stříbrný auf einen direkten Gruß Sichrovskýs hin geantwortet.

Das Regierungsprogramm:

(Schluß von Seite 1)

Kartellgesetz.

Es wird notwendig sein, namentlich den Einfluß der Kartelle sowie die Tätigkeit des Zwischenhandels zu überprüfen. Niemand wird dabei die ordentliche und gewissenhaft geübte Vermittlungstätigkeit vom Produzenten zum Konsumenten im Sinne haben, es wird jedoch notwendig sein, den Auswüchsen sowohl der Kartellwirtschaft als auch der Handelstätigkeit Grenzen zu ziehen.

Hiebei beabsichtigt die Regierung keine Maßnahmen, welche die ordentliche Unternehmungstätigkeit, ob in der Produktion, ob im Handel, auf irgendwelche Weise bedrohen würde.

Investitionen.

Die Regierung hofft, daß es ihr gelingen wird, durch Belebung sowohl des innerstaatlichen als auch — soweit es die Verhältnisse gestatten — des internationalen Wirtschaftslebens die Arbeitslosigkeit herabzusetzen. Soweit dies nicht erreicht wird, wird die Regierung dafür Sorge tragen, damit durch geeignete und namentlich zweckmäßige, einerseits vom Staate, andererseits von öffentlich rechtlichen Korporationen finanzierte Investitionen den Arbeitslosen Arbeit beschaffen werde.

Es wird notwendig sein, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit auch die autonomen Verbände daran mitarbeiten können.

Fürsorge für die Arbeitslosen.

Die steigende Zahl der Arbeitslosen und der anwachsende Aufwand für Unterstützungen erfordern sorgfältige Beachtung. Es ist die dauernde und ehrliche Gewissenhaftigkeit aller mit der Durchführung dieser Fürsorge betreuten Organe dazu erforderlich, daß die Unterstützung dort zuteil werde, wo sie am meisten benötigt wird, damit nirgends verzweifelter Hunger eintrete und damit nicht die Unschuldigsten — die Kinder zugrunde gehen.

Ich selbst bin der Meinung, daß diese ungemein schwere Zeit, in welcher soviel unverschuldetes Elend vorkommt, das lebendige und werktätige Mitleid bei allen wachrufen wird, die in Ueberfluß leben, daß sie auch den hartnäckigsten Egoismus erweichen und zur Hilfeleistung, zu welcher der Verstand allein nicht ausreicht, das menschliche Herz aufrütteln wird. Ich hoffe, daß sich in jeder Gemeinde der Republik, ob Dorf oder Stadt, einige gute Menschen finden und einigen werden, welche in Hilfsausschüssen der Freiwilligen der Humanität Hilfsmittel überall dort beschaffen werden, wo vom Ueberfluß leicht entbehrt werden kann, und daß sie dadurch die staatliche Hilfsaktion mit richtigem Verständnis und ohne erniedrigendes Almosenwesen ergänzen werden.

Hohes Haus! Die Regierung der Republik ist sich einer ganzen Reihe auch anderer Aufgaben bewußt, welche sukzessive zu lösen sein werden, und sie wird bestrebt sein, mit größtem Fleiß rechtzeitig und tunlichst zweckmäßig die Regelung alles dessen vorzubereiten, was notwendig sein wird.

Außenpolitik.

Was die Außenpolitik betrifft, so wird die Regierung gleich wie bisher zum Schutze und zur Festigung des Friedens sowie zur sowohl politischen, als auch wirtschaftlichen Verständigung der Völker hinarbeiten.

Ihre schweren Aufgaben könnte sie jedoch nicht erfüllen, wenn sie sich nicht an das Vertrauen und die Mitarbeit der beiden gesetzgebenden Körperschaften stützen könnte.

Durch eine zweckmäßige Verteilung der Arbeit auf beide Häuser und durch systematische Mitarbeit der Regierung bei den Verhandlungen in den Ausschüssen wird es oft möglich sein, eine Einigung selbst in bedeutend entgegengesetzten Ansichten zu erzielen. Den gesetzgebenden Körperschaften wird dadurch die Gelegenheit zur schwierigen, aber auch mehr verantwortungsvollen Arbeit geboten werden.

Diese in groben Umrissen geschilderten Ansichten und Absichten der Regierung sollen für die Oeffentlichkeit die Grundlage für eine richtige Beurteilung und Einschätzung der tatsächlichen Lage, in welcher wir uns befinden, und für die Belebung der gemeinsamen Verantwortlichkeit aller bilden. Der Herr Präsident der Republik hat in einer seiner Ansprachen ein kurzes, aber treffendes englisches Sprichwort erwähnt: Wir alle befinden uns auf einem Schiffe. Auf diesem Schiffe befinden sich bei den Rudern und beim Steuer die Regierung und die Gesetzgeber.

In der wilden Brandung und in den reißenden Strömen der Zeit sind mannhafte Entschlossenheit und die Kräfte aller notwendig.

Ich bin überzeugt, daß diese Entschlossenheit und Kraft nicht nur die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften, sondern auch das gesamte Volk der Republik haben!

* *

Die Regierungserklärung wird von den bürgerlichen Koalitionsparteien mit starkem Beifall aufgenommen. Unter den ersten, die dem Ministerpräsidenten gratulierten, ist auch der frühere Ministerpräsident Udržal.

Ueber Antrag der Koalition wird beschlossen, die Debatte über die Regierungserklärung bereits in der morgigen Sitzung, die für halb 10 Uhr angesetzt wurde, zu beginnen.

Staněk Kammerpräsident.

In einer zweiten Sitzung wird die Wahl des neuen Vorsitzenden der Kammer vorgenommen. In der Geschäftsordnung ist merkwürdigerweise der Fall gar nicht ausdrücklich vorgesehen, daß das Haus den durch Resignation des zu Beginn der Parlamentsperiode gewählten Vorsitzenden verwaisten Präsidentenstuhl im Laufe der Session neu besetzen müßte. Die Wahl wird mit Stimmzetteln vorgenommen.

Die Koalitionsparteien geben mit Rücksicht auf die früher getroffenen Vereinbarungen ihre Stimme für den tschechischen Agrarier Franz Staněk ab, der als Führer der Fronde in der Agrarpartei gegen Udržal und den Burgflügel aus den letzten Jahren hinlänglich bekannt ist. Daß Staněk seinerzeit im Jahre 1929 bei der Kabinettsbildung übergangen wurde, hat Udržal manche schwere Stunde gekostet. Durch die Wahl zum Kammerpräsidenten scheint nunmehr Staněks Ehrgeiz befriedigt zu sein; zumindest fiel bereits auf dem kürzlichen agrarischen Parteitag allgemein auf, wie zurückhaltend — ganz gegen seine sonstigen Gewohnheiten — Staněks Rede diesmal war.

Die Wahl ergibt 160 Stimmen für Staněk, der somit mit einfacher Mehrheit gewählt erscheint; 47 Stimmzettel sind leer, einer ungültig.

Die Stimmenzählung nimmt geraume Zeit in Anspruch; in der Zwischenzeit ist Staněk die Zielscheibe verschiedener bissiger Zwischenrufe seitens der Kommunisten. Bei der Verkündung des Wahlergebnisses beschränkt sich der Beifall lediglich auf die Bänke der tschechischen Agrarier.

Staněk erklärte, die Wahl anzunehmen, legt dann in die Hand Stivins das Gelöbnis ab und nimmt auf dem Präsidentensitz Platz.

In einer kurzen Kundgebung dankt Staněk für die Wahl und verspricht, sein Amt unparteiisch zu verwalten; er geht dann auf politisches Gebiet über und zitiert die Demokratie und selbst Masaryk. Ob diese unverhoffte Wandlung von Dauer sein wird, wird wohl erst die weitere Amtstätigkeit des neuen Vorsitzenden zeigen müssen.

Die Sitzung wird dann auf morgen vormittags vertagt.

In der der Haussitzung vorausgegangenen Sitzung des Präsidiums dankte Vizepräsident Stivin dem abtretenden Vorsitzenden Malypetr für seine siebenjährige Tätigkeit als Vorsitzender des Hauses. Nach der Haussitzung begrüßte Dr. Kliha namens der Parlamentsangestellten den neuen Vorsitzenden, der sich die Beamtenschaft vorstellen ließ. Malypetr hatte sich bereits am Vormittag von dem Personal des Hauses verabschiedet.

Dienstag Beneš-Exposee im Außenausschuß.

Im Außenausschuß des Abgeordnetenhauses teilte der Vorsitzende mit, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Außenminister Dr. Beneš am nächsten Dienstag dem Ausschuß ein Exposé über die außenpolitische Lage erstatten wird. Heute erledigte der Ausschuß u. a. Zusatzprotokolle zu den Handelsverträgen mit Dänemark, Griechenland, der Schweiz und Deutschland.

Zu letzterem führte der Referent an, daß unsere Handelsbilanz mit Deutschland noch 1927 ein Aktivum von einer Milliarde aufgewiesen hat; 1930 wurde daraus bereits ein Passivum von 1015 Millionen, das im folgenden Jahr auf 1262 Millionen K stieg und in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres 640 Millionen K betrug. Unsere Ausfuhr nach Deutschland ist von 4851 Millionen im Jahre 1927 auf 2039 Millionen im Vorjahr zurückgegangen. Ein definitiver Vertrag mit Deutschland sei infolge der deutschen Schutzzollpolitik seit Jahren unmöglich. Myslivec (tsch. Kler.) verlangt Gegenmaßnahmen gegen die ewigen deutschen Zollerhöhungen. Genosse Pohl spricht sich jedoch scharf gegen jedwede Retorsionsmaßnahmen aus. Auch Hrušovský (Nat.-Soz.) ist gleichfalls gegen Zwangsmaßnahmen und für den Verhandlungsweg.

*

Senat.

In der Sitzung des Senats machte der Vorsitzende gleichfalls Mitteilung von dem Regierungswechsel und stellte die neue Regierung dem Hause vor.

Malypetr begann dann die Regierungserklärung zu verlesen; seine starke Heiserkeit führte aber schließlich dazu, daß mitten in der Rede sein Stellvertreter Bechyně für ihn einspringen und die Regierungserklärung zu Ende verlesen mußte.

Die Kommunisten, deren Stimmbänder im Gegensatz zu denen des Regierungschefs offensichtlich in bester Verfassung waren, machten erheblich mehr Lärm als ihre Klubkollegen im Abgeordnetenhaus, so daß sie der Vorsitzende wiederholt zur Ruhe mahnen mußte mit dem Hinweis, daß sie in der anschließenden Debatte Gelegenheit genug finden würden, ihre Meinung kundzutun.

Ueber Antrag der Koalition wird die Debatte in der nächsten Sitzung (am Dienstag, den 8. November, um 14 Uhr) abgeführt werden. Die eigentliche Tagesordnung der Sitzung, eine einzige Immunität, war heute sehr bald erledigt.

Vor der Haussitzung hatte der Außenausschuß eine Reihe von Handelsabkommen und die Konvention über den Schutz des gewerblichen Eigentums angenommen. Der volkswirtschaftliche Ausschuß beschloß, vom Handelsminister ein Exposé über die internationale Wirtschaftssituation zu verlangen.

Im Immunitätsausschuß wurde die Auslieferung des Gewerbeparteilers Tréka beschlossen, über dessen Fall wir kürzlich ausführlich berichtet haben.

Letzter Appell an Hindenburg

Sonst nochmalige Anrufung des Staatsgerichtes.

Berlin, 3. November. Ministerpräsident Braun empfing heute Nachmittag Vertreter der Presse und gab ihnen eine Darstellung der Verhandlungen des alten preußischen Staatsministeriums mit dem Reichskommissär über die Wiedereinsetzung in das Amt. Er erklärte, daß alle Versuche, zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien.

Nachdem nun alle Mittel erschöpft seien, sehe er sich gezwungen, sich morgen erneut an den Reichspräsidenten zu wenden. Er werde ihm in einem Briefe darlegen, wie sich die Dinge seit dem Empfang beim Reichspräsidenten entwickelt hätten. Dabei werde er auseinandersetzen, daß das, worüber nach seiner Meinung bei dem Empfang eine Verständigung herbeigeführt worden sei, die loyale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofes durch die Reichsregierung, leider nicht eingetreten sei, daß man im Gegenteil versuche, mit kleinlichen Mitteln die Wiedereinsetzung der alten preußischen Regierung in ihr Amt zu verhindern.

Weiter werde er darauf hinweisen, daß der Reichspräsident berufen sei, das Urteil auszuführen. Er werde ihn deshalb bitten, den Reichskommissar anzuhalten, endlich dafür zu sorgen, daß das alte preußische Staatsministerium wieder in sein Amt eingesetzt werde. Zum Schluß werde er noch betonen, daß er alles getan habe, um zu einer Verständigung zu gelangen; um so mehr müsse er es bedauern, wenn er gezwungen sei, sich noch einmal an den Staatsgerichtshof zu wenden.

Papenregierung leugnet

verfassungsfeindliche Maßnahmen.

Berlin, 3. November. Zu der gestrigen Rede des bayrischen Ministerpräsidenten Held wurde dem Conti-Nachrichtenbüro an maßgebender Stelle ausdrücklich betont, daß die Reichsregierung mit der bayrischen Regierung durchaus darin einig sei, daß eine Reichsreform nicht durch Maßnahmen auf Grund des Art. 48 der Verfassung oder durch Gewaltanwendung erfolgen soll; denn es seien von der Reichsregierung keinerlei Maßnahmen getroffen worden, durch die die Verfassung angetastet wird, oder die Struktur des Reiches geändert werden soll.

Burgfriede nach den Reichstagswahlen

Berlin, 3. November. Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet. Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.

Demission des jugoslawischen Kabinetts.

Belgrad, 3. November. (Avala.) Nach dem heutigen Ministerrat, der bis halb sieben Uhr abends dauerte, überreichte Ministerpräsident Milan Srškić dem Könige die Demission der Gesamtregierung.

Der König nahm die Demission an.

Ministerpräsident Dr. Srškić gab eine Erklärung ab, daß die Demission nur durch die Gründung der neuen Regierungspartei, die Konstituierung des Parlamentes und die Wahl des neuen Präsidiums des Abgeordnetenklubs hervorgerufen wurde.

Wie in politischen Kreisen weiter verlautet, dürfte das Kabinett Srškić einige Aenderungen erfahren. Jedenfalls wird erwartet, daß Srškić im Amte bleibt.

Eine Kraftprobe in Oesterreich.

Wien, 3. November. Das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt: Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, daß das allgemeine Aufmarschverbot unbedingt zu Recht bestehe und daß die Erlaubnis zur Veranstaltung von Umzügen am 12. November vollkommen ausgeschlossen erscheine. Jedes dahin gerichtetes Ansuchen einer politischen Partei werde abgelehnt werden.

Die Wiener Sozialdemokraten werden den gewohnten Aufmarsch zur Republikfeier trotzdem veranstalten.

IRMGARD KEUN

Gilgi eine von uns

38)

„Lassen Sie mich nur eben zeigen, gnädige Frau... ja aber..." der Mann staunt Gilgi ins Gesicht, wird rot und unsicher — „bist du nicht — sind Sie nicht —"

„Oooh Hans, du bist es?" Sie streckt ihm die Hand hin. Sieht ihn an: dies abgehärmte, wächserne Gesicht war mal so jung und frisch und leuchtend... „ich habe dich nicht erkannt, Hans, du hast dich verändert." Gilgi wird glühend rot, hat was Taktloses gesagt. Will schnell wieder gut machen: „Komm 'rein, Hans — komm... hier — setz dich, Hans."

Der Mann legt den Hut mit dem fettfleckigen Band neben sich. Sitzt ganz steif auf der äußersten Kante des Sessels. „Oh, du hast es aber sehr fein, Gilgi — aber darf man noch Gilgi sagen? Muß man nicht gnädige Frau und Sie..."

„Ach Unsinn, Hans — alte Freunde wie wir!" Gilgi steht vor ihm — eine verwöhnte, gepflegte, verschlafene kleine Frau, ganz eingehüllt in teure bestickte Seide . . . und hat noch immer die treuherzigen Augen, der Hans, nur müde und traurig sind sie geworden — jetzt glimmt ein Fünkchen ehrlichen Frohseins in ihnen — „das freut mich so, Gilgi, daß es dir wenigstens gut geht."

Und nun steht man sich an und weiß nicht, was sagen — hat sich doch so viele Jahre nicht mehr gesehen. „Wart' einen Moment, Hans — ich wollt' gerad frühstücken, da leistest du mir ein bißchen Gesellschaft, ja?" Gilgi rennt in die Küche. Sie muß sich für einen Augenblick setzen. Was haben die paar Jahre aus dem Jungen gemacht! Der ist jetzt — ja, der ist jetzt — vielleicht dreißig — das war vor vier Jahren, als wir... Vier Jahre! Ja, ist denn das eine Ewigkeit, vier Jahre! Da muß man sich doch mal besinnen. So ein frischer, lustiger Junge, der Hans! Lachen konnt' man mit dem — lachen! So blondes Haar hatte er und blitzblaue Augen und wunderbare Muskeln. Ja, auf die war er immer sehr stolz. Im Schwimmklub waren wir zusammen, und es fing damit an, daß er mir crawlen beibringen wollt' — er konnte sehr gut crawlen — wirklich. Und ich hatt' mich doch so geärgert über Jonny — na, der erste Mann ist ja wohl meistens 'ne Niete. Und ich hatt' Jonny so dicke satt, aber das ist ja nun mal so, daß man's trotzdem nicht verträgt, wenn so'n Biest nu auch — — — das hätt' mir damals gerad' so gepaßt, wenn der Jonny, diese Mischung von Douglas Fairbanks und Briefträger, wenn er vom Hochhaus runtergesprungen wär' — meinetwegen. Fiel ihm gar nicht ein — mit der Hilde fing er an, der mit den roten Locken — und der Hans war so nett, man war so gut Freund — nur gut Freund — und wenn man nicht zusammen die vierzehntägige Tour in den Hunsrück gemacht hätte, wär' man wohl auch „nur" gut Freund geblieben. Na, war nicht so wichtig, die ganze Geschichte — ich ging dann die fünf Monate nach Frankfurt, weil Mayer und Rothe da die neue Filiale aufmachten — ja, da hab' ich ihn dann vergessen. Komisch — wie weit das alles zurückliegt. Kann man gar nicht glauben, daß das alles mal Wirklichkeit war. Richtig verhungert sieht der Junge aus. Gilgi macht ein paar Butterbrote zurecht — eine halbe Flasche Tarragona ist auch noch da.

„So, Hans, nu' erzähl' mal ein bißchen von dir."

„Da ist nicht viel Gutes zu erzählen, Gilgi." Beide schweigen — haben eine Erinnerung, die — durch die Filtrierpresse der Jahre gegangen — nur noch sehr Helles, Lustiges, Unbeschwerliches enthält. War man denn wirklich einmal so jung? Und jetzt? Man muß doch wohl furchtbar alt geworden sein, wenn man sich derart ungläubig wundert, daß man einmal so jung gewesen ist.

„Und, Hans, weißt du noch, wie sich im Pionierbad oben auf dem Zehnmetersprungbrett stand und zitterte wie ein Pudding vor dem Gegessenwerden?"

„Ja, und dann bist du doch gesprungen."

„Und weißt du noch, wie wir mit dem Paddelboot umgekippt sind?"

„Und ein Rheindampfer hat uns aufgefischt . . ."

„Gott, und man fand uns so interessant —"

„Und wir selbst fanden uns noch tausendmal interessanter."

„Weißt du noch, wie der Heinz immer sein Grammophon mit ins Boot nahm und tausendmal „Valencia" gespielt hat?"

„Ja, Gilgi, und dann hast du ihm heimlich die Platte ins Wasser geschmissen. Und weißt du noch, wie die fesche Ruth immer soooo falsch zur Mandoline sang, daß es beinahe schon wieder richtig klang!"

„Ach ja, Ruth! Die fand sich so schön, daß sie sich einfach keinem Mann gönnte, und wenn sie in den Spiegel sah, dann bedauerte sie wohl immer, daß sie nicht in einem ein Junge sein — und mit sich selbst ein Verhältnis anfangen konnt'. — Und wie du das Geschäft mit den Zigaretten gemacht hast!"

„Ja, den Abend haben wir im Bootshaus gefeiert, das wackelte wie 'ne Nußschale im Ozean — so vergnügt waren wir. Und der dicke Conny war so betrunken, daß er im Rhein nach Korallen tauchen wollt' . . ."

„Gott ja, eine halbe Stunde lang hab' ich mich an sein Bein gehängt — sonst läg' er jetzt wohl da unten zwischen Bierflaschen und Konservenbüchsen —"

„Und gar keine schöne Wasserleiche wär' er gewesen!" — — —

„Weißt du noch, weißt du noch, weißt du noch. Und jetzt? Der arme grangesichtige Junge da war mal der lustigste von allen. Ist ja gar nicht mehr derselbe — und — wie's ihm jetzt geht, kann man kaum fragen.

Aber da fängt er schon von selbst an zu erzählen. Sind ja doch gar nicht so verschlossen, die Jungen. Gott ja, man schweigt — solange bis sich Bedürfnis und Gelegenheit zu sprechen mal vereinen. „... da war ich doch damals bei meinem Onkel in der Transformatorenfabrik und hab' tüchtig gearbeitet — und ging alles gut — und hatt' einen ganz geraden vorgezeichneten Weg vor mir, der langsam aber sicher bergauf ging. Und da war doch die Hertha — du kennst sie ja, Gilgi . . ." Gilgi besinnt sich — ja doch, die hübsche blonde Hertha mit den weichen, mütterlichen Hüften — „natürlich kenn' ich sie — war sehr anständig im Brustschwimmen — und ein lieber Kerl . . ."

„Ja, das ist sie", bestätigt der Hans aus vollem Herzen. „Wir haben geheiratet. Weißt du, sie hatte so komische Eltern, die haben immer gestänkert, wenn sie mal ein bißchen spät in der Nacht nach Hause kam . . ."

Gilgi nickt: „Na ja — das übliche!"

(Fortsetzung folgt.)

Vor neuen Beamtenentlassungen.

Berlin, 3. November. Die preußische Kommissariatsregierung hat wieder einen neuen Anschlag gegen die noch verbliebenen republikanischen Beamten vorbereitet. Man erfährt heute, daß am Sonntag 110 höhere und 200 mittlere Beamte in Preußen, durchaus Republikaner, in den Ruhestand versetzt werden sollen. Dieser Erlaß, durch den die preußische Verwaltung noch mehr als bisher in die Hände der Generale gelegt werden soll, ist bereits gedruckt. Er wird aber geheimgehalten und soll erst am Tage nach der Reichstagswahl veröffentlicht werden.

Wer die Einheitsfront will, wird ausgeschlossen!

Ein unerhörtes Beispiel aus der KPD.

Frankfurt a. M., 2. November. (Eig.-Ber.) Der frühere Kommunist Josef Dünner, lange Zeit Führer der kommunistischen Studenten in Hessen-Nassau und Hessen, ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Die KPD hatte Dünner ausgeschlossen, weil er die Einheitsfront der Arbeiterschaft propagierte und in einer Protestversammlung der Studenten gegen die Nazikrawalle an der Frankfurter Universität neben einem sozialistischen Studenten referiert hat.

Dünner begründet seinen Eintritt in die Sozialdemokratie mit einem Brief, in dem es u. a. heißt:

„In dieser Situation, da die deutsche Arbeiterschaft in breitester Einheitsfront zur Gegenwehr schreiten muß, weiß die KPD, die sich die Partei des Proletariats nennt, nichts Besseres zu tun, als „den Hauptschlag gegen die SPD" zu führen. Dieser Beschluß, den die deutsche Arbeiterklasse dem 12. Plenum der Exekutive der Kommunistischen Internationale, d. h. Stalin, zu „verdanken" hat, wärmt die alte Theorie vom „Sozialfaschismus" wieder auf. Die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse ist die Einheit ihrer sozialistischen Kaders. Nachdem die Bezirksleitung der KPD für Hessen-Frankfurt mich ausgeschlossen hatte, weil ich gegen ihren Willen die Einheitsfront der Arbeiterklasse propagierte, war ich lange unschlüssig, wohin ich gehen sollte. In die Splittergruppen durfte der Weg nicht führen. Sie sind objektiv schädlich. Ich weiß, daß in den freien Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie Millionen sozialistischer Proletarier sind. Diesen Millionen schließe ich mich heute an zum Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, für den Sieg des Sozialismus."

Verkehrsstreik in Berlin.

Berlin, 3. November. Das gesamte Personal der Berliner Verkehrsgesellschaft ist heute früh in den Streik getreten, so daß ganz unerwartet weder Straßenbahn noch Untergrundbahn noch Autobus verkehren. Bis zur Stunde ist der Streik restlos durchgeführt worden. Einzelne Arbeitswillige versuchten, auf einzelnen Linien den Straßenbahnverkehr in Gang zu bringen, doch mußten sie wieder umkehren, da die Wagen von Streikenden demoliert und die Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden. Vor den einzelnen Straßenbahndepots sind zahlreiche Streikposten aufgestellt.

*

Die Berliner warteten heute früh zu Hunderten an den Haltestellen auf ihr gewohntes Verkehrsmittel. Erst als sie durch Flugblätter über den Streik bei der BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) unterrichtet wurden, setzten sich die Massen in Bewegung, um zu Fuß an ihre Arbeitsstätten zu gelangen. Die Mannschaftswagen, die in der dritten und vierten Morgenstunde das Personal zu den Betriebsbahnhöfen bringen sollten, kehrten mit fast leeren Wagen zurück, da sich nur ein geringer Teil Arbeitswilliger eingefunden hatte. An den Betriebsbahnhöfen der BVG waren noch in der Nacht uniformierte Streikposten aufgestellt worden, die allen Arbeitswilligen den Zutritt zu den Wagenhallen verweigerten.

Schiedsspruch verbindlich!

Heute nachmittags fand die Verhandlung vor dem Schlichterausschuß statt. Die Gewerkschaften verlangten die Beibehaltung der bisherigen Löhne. Der spät abends gefällte Schiedsspruch bestimmt aber, daß die Löhne um zwei Pfennig pro Stunde gesenkt werden sollen; er wurde noch am Abend vom Schlichter für verbindlich erklärt.

Auf Grund dieses Schiedsspruches will die Berliner Verkehrsgesellschaft noch heute nachts alle Hebel in Bewegung setzen, um den Verkehr morgen wieder aufnehmen zu können. Die Arbeitnehmer, die sich bis morgen 14 Uhr auf ihren Dienststellen nicht eingefunden haben, sollen fristlos entlassen werden.

Wie sich die Lage morgen entwickeln wird, ist vollkommen undurchsichtig. Die Regierung hat den Streik heute bereits als ungesetzlich erklären und einige Streikposten verhaften lassen. Es besteht kein Zweifel, daß der Streik morgen in großem Umfange fortgesetzt werden wird und daß es zu bewegten, vielleicht unabsehbaren Szenen kommen wird.

Frankreichs Budgetsorgen

auf dem Parteitag der Radikalen.

Paris, 3. November. In den Kommentaren über den Jahreskongreß der radikalen Partei, der heute in Toulose beginnt, wird besonders die Debatte über die Innenpolitik der Partei und über die Finanzen mit Interesse erwartet. Zahlreiche Radikale, besonders des linken Flügels, sind gegen neue Steuern und gegen die Kürzung der Staatsbeamtengehälter. Man erwartet aber, daß ein annehmbares Kompromiß gefunden werden wird, nach dem nur die Gehälter der höheren Beamtenkategorien gekürzt würden.

Dreiprozentige englische Anleihe

in drei Stunden stark überzeichnet.

London, 3. November. Die Zeichnung auf die 3prozentige Konvertierungsanleihe im Gesamtbetrage von 300 Millionen Pfund Sterling, die heute um 9 Uhr vormittags begann, dauerte bloß 3½ Stunden. Die Anleihe wurde stark überzeichnet. Vor etwa vier Monaten hatte die Regierung mit der Konvertierung der Staatsanleihen begonnen. Angefangen mit der 5prozentigen britischen Kriegsanleihe im Betrage von zwei Milliarden Pfund Sterling wurde die britische innere Schuld von allen Inlandsanleihen befreit, deren Zinsfuß für die jetzigen Wirtschaftsverhältnisse zu hoch war.

Verfassungsfragen im Reichsrat.

Berlin, 3. November. Die heutige Sitzung des Reichsrats war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen. Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand offiziell die Geschäftslage des Reichsrats. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Sitzung, die als Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preußischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann. Ein Antrag auf Einberufung des Ausschusses lag schon seit längerer Zeit von dem Vertreter der Rheinprovinz Dr. Hamacher vor. Dieser Antrag wurde sofort mit der Besprechung verbunden.

Der Abbau der Staatsangestelltenbezüge

Wir wollen keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sich die Sozialdemokratie nur schweren Herzens entschlossen hat, der vom Finanzminister immer dringender verlangten Kürzung der Staatsangestelltenbezüge ihre Zustimmung zu erteilen. Nicht nur deshalb, weil die Senkung des Einkommens, trotz der Freilassung eines Minimums von neuntausend Kronen, auch schutzbedürftige Schichten trifft, sondern weil diese Maßnahme auf die Konsumkraft der Bevölkerung nicht ohne Einfluß bleiben kann.

Wenn sich die Sozialdemokratie dennoch entschlossen hat, den Forderungen der Finanzverwaltung teilweise und unter wesentlicher Abänderung der ursprünglichen Vorschläge Rechnung zu tragen, so wird jeder, dessen Gehirn nicht von demagogischen Phrasen vernebelt ist, verstehen, daß es nur deshalb geschehen ist, weil kein anderer Ausweg blieb. Alle Drosselungen der Staatsausgaben, die ja, soweit es irgend möglich ist, vorgenommen worden sind, vermögen das Defizit im Staatshaushalt nicht auszugleichen. Daß die Sozialdemokratie nicht imstande ist, die Streichung des gesamten Sachaufwandes der Militärverwaltung durchzusetzen, wird ihr nur ein Narr, der weder die innerstaatlichen Machtverhältnisse noch die ungeheure Verschärfung der internationalen Situation sieht, als Schuld anlasten können. Es blieb also keine andere Wahl, als entweder die Notenpresse in Bewegung zu setzen, was sowohl für die Kaufkraft des einzelnen Angestellten, als auch für die Konsumfähigkeit der Gesamtbevölkerung weit verhängnisvollere Folgen gehabt hätte, als eine noch so empfindliche Kürzung der Bezüge, oder aber zu der sicherlich schmerzhaften Maßnahme zu schreiten, die nun vollzogen werden soll. Solange sie zu verhindern war, ist sie von der Sozialdemokratie verhindert worden.

Hätte die Sozialdemokratie ihre Stellungnahme zu diesem Problem lediglich von der Einstellung der überwiegenden Mehrheit der Staatsangestellten zur Arbeiterbewegung und ihren Zielen abhängig gemacht, so hätte sie sich über diesen Schritt wahrhaft nicht soviel Kopfzerbrechen machen müssen. Aber diese Erwägungen sind für die Partei niemals maßgebend gewesen. Sie hat schon im alten Oesterreich immer die Interessen der Staatsangestellten vertreten, sie hat in der jungen Republik die Gleichstellung der Lehrer erkämpft, sie hat, kaum daß sie nach dem Sturz des Bürgerblocks wieder zur Mitbestimmung im Staate gelangt war, schon im Entwicklungsstadium der Krise die Gleichstellung der Altpensionisten, die Weihnachtszulage der öffentlichen Angestellten erkämpft, sie hat sich, solange es irgend möglich war, das Gleichgewicht im Staatshaushalt zu sichern, bemüht, ohne die Bezüge der Angestellten anzutasten, sie hat selbst eine Erhöhung der Umsatzsteuer in den Kauf genommen, um der Staatskasse die notwendigen Mittel zu schaffen, kurz, sie hat alles getan, um das Einkommensniveau der öffentlichen Angestellten ungeschmälert aufrecht zu erhalten.

Wir wollen uns absolut nicht darüber beklagen, daß diese Haltung bei den Staatsangestellten wenig Verständnis gefunden hat. Wir wollen den Staatsangestellten nicht vorhalten, daß sie noch im Kampfe gegen den drohenden Gehaltsabbau die Erkenntnis vermissen ließen, daß ihre Interessen nur im gemeinsamen Kampf aller auf Lohn- oder Gehalt angewiesenen Schichten vertreten werden können. Hat doch, nach einem Bericht der „Bohemia" vom 23. Feber dieses Jahres, der Vorsitzende der Exekutive der Staatsangestelltenorganisationen zur Vermeidung der Gehaltskürzung eine strenge Kontrolle der Arbeitslosenunterstützungen, Einstellung der Unterstützungen nach dem Genter System, Einstellung der Neubauten für Schulzwecke, Kontrolle der Zuschüsse für die Gewerkschaften, der politischen Parteien (was mag da neben der Zerstörung des Genter Systems noch gemeint sein?) und ähnliche schöne Dinge vorgeschlagen, die die sozialistischen Parteien keineswegs ermuntern konnten, mit den Staatsangestellten gemeinsame Sache zu machen.

Aber die Sozialdemokratie hat sich nicht von den subjektiven Meinungen und Stimmungen der offiziellen Vertretung der Staatsangestellten beeinflussen lassen, sondern ihre Politik nach den objektiven sozialen und ökonomischen Interessen der Gesamtbevölkerung eingerichtet. Sie hat daher gegen den Gehaltsabbau bis zum äußersten gekämpft. Aber diese äußerste Grenze ist jetzt erreicht, nicht nur ökonomisch, wie wir schon dargelegt haben, weil die Sozialdemokratie mit inflationistischen Gedankengängen absolut nicht zu operieren vermag, sondern auch machtpolitisch, weil eine glatte Ablehnung der Gehaltskürzung nicht bedeutet hätte, daß sie verhindert worden wäre, sondern nur herbeigeführt hätte, daß sie gegen die Sozialdemokratie, also in noch größerem Maße und ohne soziale Korrekturen durchgeführt worden wäre.

Eine Pensionsgrundlage von 9000 K, also ein effektiver Gehaltsbezug von etwa 11.000 K ist sicherlich eine niedrige Grenze. Aber wenn wir bedenken, daß doch rund 40 Prozent aller Angestellten vom Abbau verschont bleiben, daß die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, daß große Massen der Eisenbahnbediensteten voll geschützt bleiben, daß bis zu einer Pensionsgrundlage von 15.000 K eine soziale Staffelung eintritt, so wird die Bedeutung des Kompromisses, das die Sozialdemokratie und nur die Sozialdemokratie dem Finanzminister und den bürgerlichen Par-

Deutschnationaler Bürgermeister von Nazis abgesetzt

Eutin (Oldenburg), 2. November. Der nationalsozialistische Regierungspräsident Boehmcker-Eutin hat den Bürgermeister der Stadt Eutin, den Deutschnationalen Dr. Stoffregen, seines Amtes enthoben. Dr. Stoffregen wurde heute nachmittags durch ein Kommando der Schwartauer Ordnungspolizei unter Führung eines Polizeihauptmanns aus seinen Amtsräumen entfernt. Der Bürgermeister hat den Polizeihauptmann auf die Ungesetzlichkeit seines Vorgehens hingewiesen und beim oldenburgischen Staatsministerium telegraphisch Beschwerde erhoben.

Der Kreisvorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat in einem an den Reichsinnenminister gerichteten Telegramm um das Einschreiten des Reiches im Interesse von Recht, Ruhe und Ordnung gebeten.

---

teien abgerungen hat, eindrucksvoll offenbar. Es kommt dazu, daß der Gehaltsabbau nur als vorübergehende Maßnahme, also durch ein terminiertes Gesetz vollzogen werden wird, so daß bei einer Besserung der staatsfinanziellen Lage automatisch, ohne Kampf, nur kraft der Fürsorge der sozialistischen Parteien, die Staatsangestellten wieder in den vollen Gehaltsbezug treten werden.

Die Kommunisten, die wie immer in Wirklichkeit in der Front der Angestelltenfeinde stehen, wettern zwar auch gegen die Erhöhung der Pensionsfondsbeiträge und suchen daraus zu deduzieren, daß auch die schlechtestbezahlten Angestellten vom Abbau betroffen werden, aber wenn die Staatsangestellten auf diese Agitation gegen eine Vorsorge, die ihre Altersversorgung auf sicherer Grundlage stellen soll, hineinfielen, dann würden sie weniger Verständnis für ihre eigenen Interessen beweisen als die Arbeiter, die trotz dem idiotischen Geschrei der Kommunisten immer wieder gegen den härtesten Widerstand der Unternehmer Erhöhungen der Krankenversicherungsbeiträge durchsetzen.

Vor allem darf aber das Problem der Staatsangestelltenbezüge nicht isoliert, nicht losgelöst von der Gesamtheit der finanziellen Fragen behandelt und beurteilt werden. Vor allem darf die Oeffentlichkeit, darf die Arbeiterklasse und mit ihr der zu proletarischem Klassenbewußtsein erwachte Teil der öffentlichen Angestellten nicht übersehen, daß die Sozialdemokratie einfach vor der Wahl stand, entweder an der Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes mitzuarbeiten und dadurch eine nach sozialen Gesichtspunkten geregelte Milderung der Gehaltskürzung zu erreichen und die gleichzeitig drohenden Anschläge auf die Arbeitslosenunterstützung, die Streichung der Invalidenrenten für die Kriegsbeschädigten bis zu 35 Prozent Invalidität, die Belastung der Konsumenten mit neuen Steuern zu verhindern, oder aber der durch ein Beamtenkabinett maskierten bürgerlichen Reaktion das Feld zu überlassen, die dann in ihrem Generalangriff auf die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen keine Schranken gefunden und, wie die Erfahrungen des Bürgerblocks lehren, keine Hemmungen gekannt hätte.

Darum werden sich politisch reife Menschen weder von den Bürgerlichen irreführen lassen, die niemals die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger ernstlich vertreten können, noch der kommunistischen Demagogie erliegen, deren Unernst bei jeder Gelegenheit erneut hervortritt, und schon gar nicht den Agitationsschlagern der Nationalsozialisten zum Opfer fallen, die das lufterschütternde Gepolter gegen den Gehaltsabbau mit der ausgiebigen Schröpfung der Gemeindeangestellten verbinden, wo sie verwalten.

Sie werden erkennen, daß die Sozialdemokratie, die niemandem verspricht, daß sie Berge versetzen wird, aber die wahren Interessen der Arbeiter und Angestellten mit äußerster Kraftanstrengung verteidigt, auch in diesem Falle ihre Pflicht getan hat.

Die Böhmische Landesvertretung

gegen die Schuldrosselung.

Prag, 3. November. Die Böhmische Landesvertretung erledigte heute ohne besondere Debatte eine ganze Reihe von Tagesordnungspunkten. Von allgemeiner Bedeutung ist der Beschluß, die Maßnahmen, welche das Finanzministerium auf dem Gebiete des Volksschulwesens plante, als unberechtigt zurückzuweisen und die bisherige Uebung bei der Bewilligung neuer und Parallelklassen beizubehalten. Die nächste Sitzung findet morgen um 9 Uhr früh statt.

Legionäre gegen Kapitalismus.

In Brünn hielten dieser Tage die tschechoslowakischen Legionäre ihren sechsten Kongreß ab. Sie beschäftigten sich da u. a. auch mit der Wirtschaftskrise, die es erforderlich mache, daß ein neuer Geist in den Menschen wirksam werde, der Geist des Dienstes an dem Ganzen. „Dieser Geist des Dienstes," so führt die in Brünn angenommene Resolution aus, „wird sich mit der Zeit unweigerlich tiefe Veränderungen in der Gesellschaftsordnung erzwingen, die die Zweckmäßigkeit in der Wirtschaftsorganisation sichern und durch die Erhöhung der Kontrolle und Verantwortlichkeit sowohl die Gelegenheit zur Ausbeutung fremder Arbeit als auch die Möglichkeit schwerer Störungen verringern werden, die zum Schaden des Ganzen heute oft aus den Fehlern und Irrtümern der führenden Persönlichkeiten hervorgehen." Mit dieser Resolution erklären also die Legionäre die Notwendigkeit der Veränderung der Gesellschaftsordnung, nämlich der kapitalistischen.

Tagesneuigkeiten

Russenflugzeug abgestürzt.

Moskau, 3. November. (Taß.) Das sowjetrussische Flugzeug „Komsseveroput 3" erlitte im Karischen Meer eine Havarie, wobei der Pilot, der Kommandeur des Flugzeuges und der Bordfunker ums Leben kamen. Drei Personen, zwei Mechaniker und der Chef der karischen Expedition wurden gerettet.

Die Geretteten erzählten über ihre Havarie folgendes: Sechs Wochen lang beobachteten wir das Eis, um den Schiffen der Karischen Expedition ihre Route anzugeben. Als das Flugzeug den Auftrag erhielt, nach dem Franz-Josefs-Land zu starten, versuchte es mehrmals eine Landung vorzunehmen. Die Landung wurde einmal durch den hohen Seegang verhindert. Bei der Seehundstraße wurde beschlossen, einen neuen Landungsversuch zu unternehmen, doch stürzte das Flugzeug plötzlich aus einer Höhe von dreißig Metern ab. Dem Piloten gelang es, die Maschine ins Gleichgewicht zu bringen. Das Flugzeug stieg wieder auf, schlug aber plötzlich durch einen neuen Sturz aus einer Höhe von etwa fünfzig Metern aufs Wasser. Der vordere Teil des Apparates wurde abgerissen und sank, der restliche Teil des Flugzeuges blieb unversehrt. Die drei durch den Sturz herausgeschleuderten Personen erkletterten das Wrack des Flugbootes und es gelang ihnen, mit Hilfe eines Gummibootes das Land zu erreichen. Die Leichen von zwei bei der Katastrophe ums Leben gekommenen Personen sind angeschwemmt worden. Die Leiche des Dritten wurde von einem Taucher gehoben. Auf dem Grabe der Verunglückten Tschirakin-Kap wird ein Denkmal errichtet werden.

Ein Raubmörder wird gesucht.

Köln, 2. November. Zu dem bereits gemeldeten Doppelraubmord wird noch bekannt, daß der erschossene Geldbriefträger 2800 Mark bares Geld und einen Wertbrief über hundert Franken bei sich trug. Die gräßliche Tat kam dadurch ans Tageslicht, daß in den späteren Abendstunden ein Neffe der Ermordeten dieser einen Besuch abstatten wollte und auf wiederholtes Klingeln keinen Einlaß in die Wohnung fand. Er rief einen Schlosser herbei, der die Wohnungstür gewaltsam erbrach. Den Eintretenden bot sich ein furchtbares Bild. In einem Zimmer fand man die Tante in einer Blutlache liegend, neben ihr hingestreckt den Geldbriefträger, dessen Geldtasche leer war. Der Umstand, daß die Tat erst zehn Stunden später aufgedeckt wurde, erklärt sich daraus, daß der Geldbriefträger durchgehenden Dienst hatte und erst gegen 17 Uhr vermißt wurde. Sofort nach Bekanntwerden der Tat begab sich der Polizeipräsident mit mehreren Kriminalräten an den Tatort. Für die Ergreifung des bisher unbekannten Täters hat der Kölner Regierungspräsident eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Den gleichen Betrag und zehn Prozent des wieder herbeigeschafften Geldes hat auch die Oberpostdirektion Köln ausgelobt.

Ziehung der Klassenlotterie

40.000 K: 88.372.

10.000 K: 12.228, 61.262, 68.123.

5000 K: 7.521, 11.754, 14.606, 26.629, 33.252, 33.974, 39.085, 42.586, 44.626, 51.009, 54.417, 62.278, 79.220, 94.727, 96.507, 98.376, 103.592.

2000 K: 1.223, 7.559, 7.781, 10.232, 13.113, 15.235, 16.986, 18.348, 19.182, 19.386, 23.328, 25.738, 26.461, 26.617, 28.513, 28.328, 32.075, 33.105, 33.312, 35.611, 36.334, 36.687, 37.731, 39.463, 40.275, 46.781, 48.241, 48.918, 49.161, 49.726, 51.061, 52.212, 56.861, 57.287, 59.893, 62.245, 62.930, 66.810, 71.504, 71.527, 73.407, 73.905, 77.072, 77.904, 78.837, 78.921, 79.654, 80.686, 81.935, 82.184, 84.907, 86.449, 92.789, 96.555, 99.068, 99.861, 100.852, 101.651, 101.988, 104.052.

1.200 K: 3.597, 7.900, 12.718, 14.152, 14.853, 20.955, 25.020, 33.238, 39.500, 41.518, 46.965, 58.700, 59.983, 68.848, 70.283, 72.581, 80.259, 83.337, 86.339, 87.781, 98.163, 98.266.

Severing erkrankt.

Magdeburg, 3. November. Heute sollte der preußische Innenminister Severing auf einer sozialdemokratischen Wahlversammlung sprechen. Die Rede wurde abgesagt, weil Severing ernstlich erkrankt in Frankfurt a. M. darniederliegt.

Gertrud Bindernagel gestorben.

Berlin, 3. November. Die Opernsängerin Gertrud Bindernagel, die vor kurzem von ihrem Manne, dem Bankier Hintze, nach einer Aufführung in der Städtischen Oper in Berlin durch einen Revolverschuß schwer verletzt worden war, ist heute nachmittag um 2 Uhr 30 Minuten im Krankenhaus an Embolie gestorben.

Friedensgedanken nicht beliebt. In der Tschechoslowakei läuft jetzt ein Film „Hölzerne Kreuze", der an andrer Stelle eingehend gewürdigt wurde; er ist nach übereinstimmender Ansicht der europäischen Kulturwelt eines der stärksten Werke im Dienste des Friedensgedankens. Und dieser Tatsache konnte sich auch das halbfascistische Regime in Deutschland nicht entziehen und hat dieses Standardwerk wertvollster Tendenz nicht nur als kulturell wertvoll und vollkommen abgabenfrei, sondern auch als für Jugendliche geeignet anerkannt. Was den Herrn von Papen recht ist, kann natürlich nicht vor den ämtlichen tschechischen Kulturinstanzen Gnade finden, die um der Demokratie willen ihre Untertanen zur Liebe und Friedfertigkeit erziehen müssen. Der Film ist hierzulande weder kulturell wertvoll noch für Jugendliche geeignet. Ja, wenn es sich um „Höllenengel" handelt, wo gegen den Frieden, für das lustige Kriegshandwerk und den Deutschenhaß Propaganda gemacht wird, da würden die Herrn mit sich reden lassen; oder wenn es um die Fidlovačka geht oder die vergessenen Patrioten, dann ist jede Unterstützung zu wenig. Den Pazifismus aber verlegt man bestens nach Genf; dort, am grünen Tisch wird er so gar nicht gefährlich, dort entscheidet man sich vorerst darum, ob die elfte vorbereitende Tagung der vorbereitenden Ausschüsse für die vorbereitende Abrüstungskonferenz kommenden Jahres aufs Programm zu setzen ist oder nicht; und ob man den Verteidigungskrieg als Angriffs- oder den Angriffs- als Verteidigungskrieg und die Befriedungsaktionen der Japaner mit oder ohne Protest zur Kenntnis nehmen soll. Dort in Genf ist man auch nicht so rasch gegen das Bombardement von Ortschaften und die Vergasungsaktionen, die so ein frecher Film ganz blamabel zu zeigen imstande ist; und dort beschäftigt man sich auch nicht mit dem Geist der herrschenden Klasse, die wieder so trefflich im Film dargestellt werden kann. Und darum wird bei uns viel eher nationale Hetze als internationale Verbrüderung gutgeheißen und unsere Jugend darf sich nicht darüber aufregen, wie es im männermordenden Krieg auf dem Feld der Ehre wirklich zugeht. Denn bekanntlich beginnt hier die Tendenz: nicht tendenziös und kulturell wertvoll ist es eben, den Geist der Kriegsfurie, des nationalen Hasses hochleben zu lassen. Wir sind wieder um eine Kulturtat reicher geworden . . .

D 2400. Das von der Deutschen Luft-Hansa in Auftrag gegebene Schnellflugzeug vom Typ Ju. 60 ist unter der deutschen Zulassungsnummer D 2400 von den Junkerswerken in Dessau fertiggestellt worden. D 2400 ist 13 Meter lang, hat eine Spannweite von 15 Metern, faßt zwei Führer und vier Fahrgäste, und ist mit einem luftgekühlten 450 PS-Bristol-Motor ausgerüstet. Das aus Metall gebaute, mit gelb-rotem Schleiflack überzogene Flugzeug kann eine Stundengeschwindigkeit von etwa 300 Kilometern erreichen.

Prozeß gegen den Kapitän der „Niobe". In der Marineschule Kiel-Wik begann am 3. November vor dem Marinekriegsgericht die Verhandlung über den Untergang des Marine-Segelschulschiffes „Niobe" am 26. Juli d. J., bei dem 69 Angehörige der Reichsmarine den Seemannstod gefunden haben. Die Anklage richtet sich gegen den Kommandanten der „Niobe", Kapitänleutnant Ruhfuß. Sie stützt sich auf § 326 St.-G. Dieser Paragraph handelt von der fahrlässigen Herbeiführung des Sinkens eines Schiffes. Der angeklagte Kapitän wurde freigesprochen. In der Begründung heißt es, daß Kapitän Ruhfuß nach den vorliegenden Berichten der Augenzeugen und der Ueberlebenden gar nicht habe anders handeln können, als es geschehen sei. Es habe sich um eine Böe gehandelt, wie sie in den dortigen Breiten nur sehr selten vorkomme. Das Unglück sei daher auf höhere Gewalt zurückzuführen.

Lassalles Grab beschmutzt. Hakenkreuzschmierfinken haben in der Nacht zum Mittwoch das Grab Ferdinand Lassalles auf dem jüdischen Friedhof in der Lohestraße in Breslau besudelt. Die nach der Straße zu gelegene Rückseite des Grabmals, an der sich eine kleine Gedenktafel befindet, ist mit einem großen Hakenkreuz in roter Farbe beschmiert worden.

Eine wichtige Erfindung. Dem staatlichen Institut für angewandte Chemie in Moskau ist die Herstellung eines neuartigen synthetischen Kautschuks aus Azetylen gelungen. Die neue Kautschukart ist dem nach sämtlichen üblichen Verfahren gewonnenen synthetischen Kautschuk an Qualität überlegen. Auch ihre Herstellungskosten sind erheblich geringer. Es sind bereits einige Methoden, Kautschuk künstlich zu erzeugen, ausgearbeitet worden, doch waren die Ergebnisse niemals restlos befriedigend. Wenn sich die Nachricht aus Moskau voll bewahrheiten sollte, kann das neue Verfahren von größter Bedeutung sein.

Die Kindesleiche mit dem Knebel. Im Dreiföhrenwald bei Neulengbach wurde ein entsetzlicher Fund gemacht. Beim Holzsuchen fanden Leute unter dem Astwerk die Leiche eines neugeborenen Mädchens. Das Kind war mit einem Fetzen geknebelt, und die Leiche wies am Hals deutliche Merkmale einer Erwürgung auf. Da das Kind fast gar nicht bekleidet war, konnte seine Identität trotz umfassender Nachforschungen bisher nicht festgestellt werden. Die Kindesmörderin steckte dem neugeborenen Mädchen einen festen Knebel in den Mund, der mit solcher Wucht in den Rachen des Kindes gedrückt worden war, daß es mehrfache Verletzungen erlitt. Anscheinend erstickte das kräftige Kind nicht durch die Knebelung, worauf die Täterin es mit beiden Händen erwürgte.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag.

Prag: 6.15: Gymnastik, 11: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung: Schleißner: Die Instrumente des Orchesters, 19.20: Kabarett. — **Brünn:** 16: Frauenfunk, 18.25: Deutsche Sendung: Sportberichte, 22.20: Bunter Abend. — **Berlin:** 18.20: Violinmusik von Schubert, 20.30: Der Waffenschmied, Oper von Lortzing. — **Breslau:** 18.45: Volksmusik. — **Hamburg:** 19.30: Harfenkonzert. — **Königsberg:** 19.25: Bläser-Kammermusik. — **Langenberg:** 21: Die Schule der Welt, 0.30: Jazzmusik. — **München:** 18.50: Sonatenstunde. — **Wien:** 16.40: Mandolinenkonzert, 19.20: Georg Ballanoff.

Eine Giftmischerin. Unter Giftmordverdacht wurde in Berlin-Niederschönhausen die 36 Jahre alte Architektenehefrau Erna Nerlich festgenommen. Sie soll ihren in Liegnitz wohnhaften Ehemann, außerdem einen Händler aus Berlin, zu vergiften versucht haben. Frau Nerlich gestand die ihr zur Last gelegte Giftmischerei, bestreitet aber Mordabsichten. Sie gibt vielmehr an, daß sie nur Gelegenheit gesucht hätte, die durch ihre Tat Erkrankten wieder gesund pflegen zu können. Im Falle des Berliner Händlers, dem Frau Nerlich als Wirtschafterin gedient hat, ist tatsächlich ein Mordgrund kaum erkennbar, ebensowenig bei der bei dem Ehemann in Liegnitz durchgeführten Giftmischerei: begreiflicherweise hat sich der Architekt Nerlich in Liegnitz von seiner Frau, die er wohl für nicht ganz normal hielt, scheiden lassen, nachdem er gemerkt hatte, was sie mit ihm mit Hilfe von Nitrobenzol und allen möglichen giftigen Pulvern, die sie ihm ins Essen schüttete, „spielte". Auch der Berliner Händler ist wieder gesund geworden, trotz der mit Nitrobenzol getränkten Kakaobohnen, die ihm Frau Nerlich in ihrer gefährlichen Liebe angeboten hat.

Heilfondsprämien erhöht? Durch die Kürzung der Gehälter der öffentlichen Angestellten wird auch die Gebarung des Heilfonds berührt. Die Kürzung der Gehälter bedeutet für den Heilfonds eine Herabsetzung der Prämiengrundlage, die vom Vorstand des Fonds bei einer 10prozentigen Kürzung auf 8 Millionen K veranschlagt wird. Diese Verminderung der Prämieneinnahme könnte nach Ansicht der Fondsverwaltung nicht durch eine weitere Erhöhung der Zuschläge gedeckt werden. Deshalb wird, der „Pr. Pr." zufolge, vom Vorstand des Fonds eine Erhöhung der Prämien um 0.2 Prozent gefordert, die zur Hälfte zu Lasten des Versicherten und zur Hälfte zu Lasten des Staates als Arbeitgebers ginge.

Auf Händen und Knien . . . Zwei jugendliche dänische Fleischergesellen hatten um 200 Kronen gewettet, daß sie den Abstand von Tornemark nach Roeslund (auf der Insel Seeland), eine Strecke von ungefähr 21 Kilometern, auf Händen und Knien zurücklegen würden. Sie starteten des Abends um 6 Uhr. Die ganze Nacht hindurch krochen die beiden jungen Leute, mit Kissen auf den Knien und die Hände in Holzschuhen, über die Landstraße zwischen den beiden Orten. Gegen die Mittagsstunde des nächsten Tages mußte der eine der beiden, nur ein paar Kilometer vom Ziel entfernt, sein Vorhaben aufgeben, der andere erreichte Roeslwed auf Händen und Knien.

Der chinesische Gesandte in Wien hat dem Bundeskanzler und Außenminister eine Protestnote gegen die Aufführung der Albert-Oper „Mr. Wu" in der Wiener Volksoper überreicht. Schon während der Generalprobe verlangte der chinesische Vertreter, daß sowohl in der Handlung als auch in der Charakteristik der einzelnen Gestalten Streichungen und Korrekturen vorgenommen werden. Als seinem Ersuchen nicht stattgegeben wurde, erklärte die chinesische Gesandtschaft, daß die in der Oper geschilderte Handlung und die darin enthaltenen Konflikte den wirklichen Verhältnissen in China durchaus nicht entsprechen. Die chinesische Gesandtschaft protestiert insbesondere gegen die Reproduktion der Grausamkeiten, die in der Oper den Chinesen zugeschrieben werden.

Wiederaufnahme des Prozesses Bullerjahn.

Leipzig, 3. November. Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten am Reichsgericht Dr. Bünger begann am Donnerstag das Wiederaufnahmeverfahren im Falle des Oberlagerverwalters der Berlin-Karlsruher Industriewerke Walter Bullerjahn, der am 11. Dezember 1925 von demselben Strafsenat unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Rosenthal wegen Landesverrates zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Die Klage wird durch den Oberreichsanwalt Dr. Werner persönlich vertreten. Für Bullerjahn ist Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin erschienen. Als militärischer Sachverständiger ist Major Hinter vom Reichswehrministerium anwesend.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam daß es sich hier keineswegs um eine politische Sache handle, sondern nur darum, ob ein Mensch schuldig sei oder nicht. Die Frage sei dadurch neu aufgerollt worden, daß das Wiederaufnahmeverfahren für begründet erklärt worden sei.

Oberreichsanwalt Dr. Werner beantragt für die ganze Dauer der Verhandlung den Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit.

Das Gericht beschloß jedoch, der Senat halte es nicht für geboten, die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses auszuschließen. Er behalte sich jedoch vor, die Oeffentlichkeit von Fall zu Fall auszuschließen.

Darauf wurde mit der Vernehmung Bullerjahns begonnen.

„Freundschaft“
Unser Kinderkalender für 1933
ist bereits erschienen.
Organisationen, die noch keine Kinderkalender bestellt haben, mögen es ehestens tun, da die erste Auflage bald erschöpft sein wird

Holländische Krabbenfischer.

Wenn auch die holländische Fischerei unter der gegenwärtigen Krise besonders schwer leidet, so ist doch der Daseinskampf dieser Berufsgruppe selbst in normalen Zeiten nicht leicht. Am schwersten haben die Krabbenfischer um ihr Dasein zu ringen, weil sie auf die Zeiten, wo die großen Krabbenschwärme sich den Küsten nähern, angewiesen sind und dann selbst eine bewegte See trotz ihrer meistens kleinen Boote nicht scheuen dürfen. Jahr für Jahr bringen die Krabbenfischer in ihrem Ringen um die Existenz neue Todesopfer; allein in der Nähe des Amsterdamer Nordseebades Zandvoort sind zweimal in diesem Jahre in nächtlicher Stunde bei hohem Seegange Krabbenfischerboote umgeschlagen und beide Male fielen beide Insassen des Bootes den Wellen zum Opfer. Nicht umsonst sagt man in Holland daß die Krabben teuer bezahlt werden. Der Erlös ist immerhin gering, denn vom Fischer gehen die Krabben zum Händler, der auch noch daran verdienen muß, und der Straßenhandelspreis in den holländischen Großstädten ist schon in Anbetracht der Konkurrenz so niedrig bemessen, daß der Fischer schon einen sehr reichen Fang nach Hause bringen muß, wenn das lebensgefährliche Gewerbe sich überhaupt lohnen soll.

Der Krabbenfischer muß sozusagen Witterung dafür haben, an welchen Stellen der See er die Krabbenschwärme am besten erreicht. Ganze Nächte zieht er oftmals mit seinem Gehilfen hinaus, denn gewöhnlich sind die Boote mit zwei Leuten bemannt, und der Fang ist doch nicht der Mühe wert. Dann sitzen die Männer schweigend in dem schaukelnden Boote, schleppen die schweren Netze bald hierhin, bald dorthin, und nur zu oft ist es reiner Zufall, wenn die Netze einem Teil eines Krabbenschwarmes den Weg abschneiden. Dann ist der Fang natürlich reichlich, und die Fischer können zufrieden nach Hause zurückkehren.

Gewiß verlassen die Boote der Krabbenfischer stets zu mehreren den Hafen; vier oder fünf Boote fahren gemeinschaftlich aus. Draußen aber auf der See können sie nicht zusammen bleiben, weil eines das andere behindern würde. So ist es erklärlich, daß sie sich auch nicht gegenseitig Hilfe bringen können, wenn auf einem der Boote ein volles Netz den Kahn so weit nach einer Seite hinüberzieht, daß er bei ungeschicktem Steuern der ersten besten heranbrausenden hohen Welle zum Opfer fällt. So manches Drama spielt sich jahraus, jahrein auf den Booten der Krabbenfischer ab, wovon nachher nur noch das kieloben treibende Boot und die angespülten Leichen Zeugnis ablegen. Krabbenfischerei ist Kleingewerbe mit allen Nachteilen, die damit verbunden sind. Die verhältnismäßig kleinen Boote sind nicht besonders widerstandsfähig, und der Beruf bringt nicht genug ein, um dem Krabbenfischer, der selbständig arbeitet, die Anschaffung größerer und modernerer Boote zu ermöglichen. Zudem wird die Krabbenfischerei, wenn der Fang wirklich etwas einbringen soll, zu weit von der Küste entfernt ausgeübt, als daß die Insassen eines umschlagenden Bootes sich noch zu retten vermöchten. Radio ist nicht an Bord, und an Lichtsignale ist in Sturmnächten, die die ganze Kraft der Männer in den Booten erfordern, ebenfalls nicht zu denken.

Die augenblickliche Krise und die Arbeitslosigkeit reizen trotzdem noch immer waghalsige Männer, die an der Küste aufgewachsen sind, zur Krabbenfischerei. Dennoch ist sie in dieser Form ein untergehendes Gewerbe, das nur noch als Nothehelf aufgegriffen wird, und für das es in Anbetracht der vielen Todesopfer, die es alljährlich erfordert, kein Nachteil ist, wenn es früher oder später durch eine modernere und seinen Ausübern mehr Sicherheit bietende Betriebsform ersetzt wird.

Otto Burgemeister (Amsterdam).

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Bautätigkeit im Jahre 1931.

Die endgültigen Ergebnisse der Erhebung der Bautätigkeit in 176 Stadtgemeinden und Agglomerationen im Jahre 1931 bestätigen die vorhergehende Beobachtung, daß der Rückgang unserer Bautätigkeit schon im Jahre 1930 zum Stillstand gekommen ist und daß das folgende Jahr 1931 dann ein neues Steigen gebracht hat, das auch heuer andauert. Messen wir den Umfang der Bautätigkeit an der Menge der neuerbauten Wohnungen und Räume, so sehen wir, daß er im Jahre 1931 bereits sogar höher war als im Jahre 1929, dem ersten Jahre der Krise in diesem Produktionszweige. Dabei gab es aber vollendete Neubauten um ein Drittel weniger als im Jahre 1929 und nur um weniger mehr als im Vorjahre; einerseits wurde nämlich getrachtet, die Bauflächen besser auszunützen (weiter verkleinerte sich die Zahl der Familienhäuser und erhöhte sich die Zahl der Mietwohnhäuser), andererseits nahm die Zahl der Kleinbauten für landwirtschaftliche Zwecke stark ab. Auch Umbauten und Zubauten wurden weniger durchgeführt. Der Reinzugang an Bauten betrug in den 134 Gemeinden, bei denen die Daten eingehender verglichen werden können, im Vorjahre 7179 gegenüber 7063 im Jahre 1930 und 8966 im Jahre 1929; die Zahl der neuen Wohnungen hat um 33.960 zugenommen (im Jahre 1930 nur um 26.554, im Jahre 1929 um 31.354), die der Räume überhaupt (Wohnräume und sonstige Räume zusammen) 222.391 (184.437, 211.541). Von den Neubauten gehörten 73 Prozent Privatpersonen, 7.9 Prozent Handels- oder Geldanstalten, 7.8 Prozent Baugenossenschaften. Von den neuen Wohnungen entfallen 49.9 Prozent auf die private Bautätigkeit, 23.1 Prozent auf die genossenschaftliche und 12.1 Prozent auf Gemeindebauten. Die Klein- und Kleinstwohnungen hatten unter ihnen noch mehr das Uebergewicht. Fast 13 Prozent der Wohnungen bestanden nur aus einem Hauptraum, 56 Prozent der Wohnungen waren solche zu einem Zimmer und Küche, 20 Prozent solche zu zwei Zimmern, die restlichen 11 Prozent entfielen auf größere Wohnungen. Ausführliche Angaben nach Gemeinden und mit einer Uebersicht über die Entwicklung der Bautätigkeit seit dem Jahre 1919 finden sich in Nummer 80—83, Jahrg. 13 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamts“, die durch alle Buchhandlungen bei der Firma Bursik & Kohout in Prag II., Vaclavske nam., zu beziehen ist.

Ueberstundenarbeit im Jahre 1931. In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1931 wurden von den Gewerbeinspektoraten und politischen Behörden 1. und 2. Instanz 1607 Bewilligungen an 1811 Betriebe für 90.219 Ueberstundenarbeit Leistende, d. i. für 27.3 Prozent der Gesamtzahl von 330.447 in diesen Betrieben Beschäftigten in der Gesamtdauer von 4,280.736 Arbeitsstunden erteilt. Von diesen 1607 Bewilligungen wurden 1120 von den Gewerbeinspektoraten, 464 von den politischen Behörden 2. Instanz und 23 von den politischen Behörden 1. Instanz erteilt. Der Rückgang der Ueberstundenarbeit im Jahre 1930 schreitet auch im Jahre 1931 als Anzeichen der Wirtschaftskrise weiter fort. Die Zahl der erteilten Bewilligungen sank um 20 Prozent der Zahl der Bewilligungen vom Jahre 1930. Die Zahl der Betriebe, denen Bewilligungen erteilt wurden, ist ebenfalls um 29 Prozent zurückgegangen. Die Gesamtzahl der bewilligten Ueberstunden erreichte nur 72 Prozent des Standes vom Vorjahre. Die Zahl der an der Ueberstundenarbeit Beteiligten war im Jahre 1931 um 22 Prozent niedriger als im Jahre 1930. Es wurde also im Jahre 1931 noch weniger Ueberstundenarbeit geleistet als im Jahre 1930. Die durchschnittliche Jahresbelastung eines Arbeitnehmers mit Ueberstundenarbeit war im Jahre 1931 47 Stunden, also um vier Stunden geringer als im Vorjahre (51 Stunden). Eingehende statistische Daten über die Ueberstundenarbeit sind enthalten in Nr. 62 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamts“, die namentlich auch Angaben darüber enthält, welchen Anteil unsere wichtigeren Industrien an der Ueberstundenarbeit haben. Die „Mitteilungen“, die mit einer ausführlichen Einführung und einem Diagramm versehen sind, sind für 1 K durch alle Buchhandlungen bei der Firma Bursik & Kohout, Prag II., Vaclavske namesti, erhältlich.

Schnapskrieg vor Florida.

Mit einem Küstenwachboot auf Patrouille. — Es geht hart auf hart. — . . . . und alles für die Millionäre von Palm Beach.

Als das bewaffnete Boot der amerikanischen Küstenwache Florida verlassen hatte, mußten wir zurückdenken an die Zeit der Freibeuter von Bimini, die die goldgefüllten Galeassen und schwerbeladenen spanischen Latonen der reichen Kaufleute kaperten und überfielen.

Heute wiederholt sich dieses Schauspiel, wenn auch in einer anderen Form.

Drüben, im herrlichen Bimini sammeln sich die Schmuggler, die Amerika mit Alkohol beliefern. Man erzählt sich in Palm Beach auf Florida wundersame Dinge über diese Gesellen, die in ihrem Gehaben und in ihrem Wesen fast in Nichts den Abenteurern und Seeräubern von einst nachstehen. Die Geschichte ihres Kapitäns, der alle Alkoholschmuggler in festen Händen hat, grenzt an das Romanhafte und unterscheidet sich im Grunde genommen wieder gar nicht von den bekannten amerikanischen Karrieren. Es heißt, daß keine Kiste mit Alkohol Bimini verläßt, ohne Siegel, das der Kapitän daraufdrückt, und ohne Zoll, den er erhebt. Eine abenteuerliche Existenz, vom Erlebnis des Weltkrieges zerrissen, ist dieser Kapitän eine geheimnisvolle Figur geworden, gefühllos, kalt und wild nach der Beute aus.

Er hat den Krieg verlassen, um weiter im Krieg zu leben. Und Krieg ist es, der sich Hunderte von Kilometern in langer und breiter Front Tag und Nacht vor den nordamerikanischen Küsten abspielt.

Eine große Anzahl von Kanonenbooten und raschen Motorbooten hat die amerikanische Regierung in den Dienst dieser Sache gestellt. Und es hat sich eine Front entwickelt, in der es regelrechte Angriffe und Abwehren gibt.

Drunten in der Kabine des Kommandanten des kleinen bewaffneten Motorbootes liegen die aufgespannten Spezialkarten. Der Mann in der Funkkabine lauert fieberhaft auf die Sendungen des Feindes. Rote und blaue Striche auf den Spezialkarten geben die Fahrlinien und die Wege an, die die Schmugglerschiffe nehmen. Grüne Flecke bezeichnen die Ablagerplätze der Kisten mit den Weinflaschen. Vom Oberkommando laufen fortwährend Nachrichten, Befehle und Anordnungen ein.

Denn ebenso wie hier auf den amerikanischen Booten haben auch die Schmuggler ihre Karten, Pläne und Skizzen, ihre Geheimsignale und ihre Geheimsprache. Vor den Radiotelegraphisten liegen solche unseriösen Depeschen. Vielleicht gelingt es wieder einen Deserteur zu erwischen, der die brutale Disziplin des Schmuggler-Kommandanten nicht aushält, und der diese Geheimdepeschen zu entziffern imstande ist.

Nacht für Nacht kreisen die Schiffe in der Dunkelheit der See. Lautlos und mit abgelöschten Lichtern sucht das Boot seinen gefährlichen Weg an der Grenze ab. Nur der Funker gibt von Zeit zu Zeit eine geheimnisvolle Nachricht an die Boote der gesamten Flotille.

Die drei Offiziere des kleinen Bootes nehmen die Sache ernst wie einen großen Krieg. Sie studieren die Karten, lesen die Depeschen, geben die Befehle, ändern den Kurs.

„Es ist eine verdammte Geschichte“, sagt der Erste von ihnen. „Die Kerls sind mit allen Salben geschmiert. Ihr Kapitän ist ein Teufel, dem am Leben gar nichts liegt. Ein schwerreicher Mann, der mit Geld um sich wirft. Vor einiger Zeit, als die Sache bei Bimini begann wir wußten es nicht sofort richtig zu erfassen), hatte er ein einziges altes Boot, einen Holzkutter, aber niemand hinderte ihn, dann erwarb er ein altes Motorboot; das taugte nicht für die hohen Wellen der See, jetzt hat er eine Flotte von zwanzig respektablen Schiffen. Er macht ein famoses Geschäft.“

„Man muß einen gewissen Respekt vor seinen Leuten haben“, meinte der Zweite. „Sie kämpfen ehrlich, wenn es von Mann zu Mann geht, bis zur letzten Sekunde verteidigen sie ihr Schiff und ihre Ware. Denn sie wissen, das Gericht, das über ihnen hängt, ist bös, sehr bös; meist kommen sie aus Sing Sing nicht mehr heraus. Ihr ganzes Leben in den stickigen Kammern zu hocken, ist wirklich nicht die Sache dieser Abenteurer.“

„Bitte“, sagte wieder der Erste von den Offizieren und zeigte auf die Karte mit den blauen, roten und grünen Markierungen, „sie verstehen den ganzen Vorgang nicht? Also passen Sie auf! Sie sehen hier die Grenze eingezeichnet und die Linien bedeuten die Fahrtrichtung der Schmugglerschiffe. So oft eines erwischt wird, wird es sofort auf einer Karte eingezeichnet. Die Schmuggler versuchen die Kette der amerikanischen Küstenwache zu durchbrechen (was durch geschicktes Abhorchen ihres Funkers möglich ist), gelangen dann in die Nähe des amerikanischen Ufers, werfen ihre Kisten in die See, dort, wo sie untief ist, und verschwinden wieder in der Nacht. Andere, kleinere Motorboote der Schmuggler eilen von der Küste herbei an die vorher durch Depeschen bezeichneten Stellen, fischen die Kisten auf und bringen sie ans Land ... Dann ist die Sache meist schon all right!“

Es wird wieder still. Wir hören kaum das Arbeiten des Motors. Gespensterhaft gleiten wir in die seltsam tiefe Dunkelheit der Nacht. Es ist mondlos, und ein Regen fällt auf kurze Zeit aufs Meer.

„Eine gefährliche Nacht“, sagt der Erste wieder. „Eine richtige Schmugglernacht!“

Wir wissen nicht, was los ist, aber plötzlich ist alles an Deck. Der Motor stoppt. Und in der nächsten Sekunde reißt ein rasender Lichtkegel einen meilenweiten Spalt in die Nacht. Er tastet nervös über die dunklen Wasser.

Es ist ein Augenblick des Verlierens oder Gewinnens. Entdeckt der Lichtfinger ein Schmugglerschiff, ist es gut, entkommt ihm eines, oder er findet keines, weiß man drüben, wo der Feind der Schmuggler steht und ändert seine Pläne.

Die Matrosen stehen an den Maschinengewehren und kleinen Kanonen. Der Mann an dem Scheinwerfer arbeitet jetzt ruhig weiter. Der breite Streifen tastet das Meer ab, genau, peinlich arbeitend; die anderen Küstenwachschiffe werden von dem Scheinwerfermanöver verständigt. Dann fällt es auf einmal zusammen in ein rapides Nichts, daß ringsum die Nacht wie ein wildes Gebilde in Schwarz aufsteigt und uns alle erdrückend überfällt. Daß wir alle Erde verlieren und alles Bewußtsein der Welt. Ein garnichtshaftes Nichts.

Aber dann flammt es wieder auf; glühend wie flüssiges Silber. Der Motor geht an zur vollen Schnelligkeit. Und der Lichtkegel zerfetzt die Dunkelheit der Nacht ringsum: er rast die Länge vor sich ab, und holt aus dem Meere heraus, was kopfhoch darüber steht.

„Verdammt!“ sagt der Erste Offizier. „Ich glaube, wir haben verspielt. Dann ist die ganze Nacht verloren und der Krieg dieser Nacht und . . .“

Da hängt der Lichtstreifen des dahinjagenden Motorbootes plötzlich an etwas fest. Es speigt aus dem Meer auf; es zittert und hat den Anschein, als begänne das fremde Ding zu fliehen. Segel flattern wie im Sturm, ein Schiff fällt in die graue Sicht des Glases. Es wendet, es versucht tatsächlich zu fliehen. Aber dann stoppt es plötzlich. Die Segel fallen. Näher kommt das Motorboot, ganz nahe. Jeder Augenblick ist erhöhte Spannung.

Es ist ein Schmugglerschiff.

Eine Stunde des Kampfes, eine Stunde des Gerichts; mitten in der Nacht allein auf dem Meer.

Unten stehen die Mannschaften an den Maschinen, an den Geschützen und Gewehren. Sie warten auf den ersten Befehl.

Drüben steht das Segelschiff, segellos, nackt und gespensterhaft. Es rührt sich nicht. Immer näher kommt das Boot. Wenn jetzt ein Schuß fällt, beginnt der Kampf. Und wenn der Kampf beginnt, dann müßte er so lange dauern, so lange noch ein Schmuggler lebt.

Aber nichts hört man. Das Boot ist jetzt in Rufnähe. Da tauchen am Bug einige Gestalten auf. Das Licht des Scheinwerfers ist jetzt so stark, daß man alle Gesichter deutlich erkennen kann.

„Hallo Boys!“ kommt uns eine Stimme entgegen. „Kein einziger Tropfen Schnaps an Bord! Alles o kay!“

Die drei Offiziere legen an. Mit entsicherten Revolvern durchsuchen sie das Schiff. Die Schmuggler lehnen gelangweilt an den Relings.

Der Offizier greift an die Kappe und er geht mit seinen Leuten, steigt das Fallreep hinab auf sein Boot und im Licht des Scheinwerfers bleibt das Segelboot zurück. Immer weiter. Bis es schließlich wie ein dünner, sonderbarer Lichtkreisel in der Dunkelheit verschwindet.

Der Telegraph spielt.

„Zu spät gekommen!“ meint einer der Offiziere. „Die Leute sind schon auf dem Rückweg!“

Weit drüben sehen wir, nach einiger Fahrt den ersten Streifen des Morgenlichts. Es fällt zaghaft und grün, wie junges, blühendes Getreide auf das Meer.

Die Boote der Küstenwache sammeln sich. Der Krieg ist für eine Nacht beendet . .

Aber drüben in den Modebars von Palm Beach, unter den wundervollen Palmen und in den sündhaft schönen Gärten der märchenhaft teuren Hotels, werden am nächsten Morgen den Millionären und reichen Damen die neuangelangten Flaschen mit Whisky, Gin und französischem Cognac gezeigt, für die die armen Teufel draußen auf dem Meer ihr Leben riskieren. Man nimmt sie prüfend in die Hand. Es sind Originalflaschen aus Schottland und Paris; sie sind klebrig vom Schlamm des Seegrundes, und weil sie das sind, sind sie echt. Und weil sie echt sind, kosten sie dreißig bis vierzig Dollars das Stück. Obwohl sie den Schmugglern nicht mehr als höchstens drei Dollars im Einkauf kosteten. Aber niemand würde es hier in diesen paradiesischen Gärten wagen, über einen solchen Preis den Kopf zu schütteln.

A. W.

Eine schmerzhafte Parallele.

Die Massagesalons, die Boulevardpresse und — das „Prager Tagblatt“.

Unser Bruderblatt „Pravo Lidu“ beschäftigt sich mit dem Verhältnis der Stříbrny-Presse zu den Massagesalons. In dem Artikel wird die Tatsache festgenagelt, daß der „Poledni list“ des „nationalen Märtyrers“ Stříbrny seine seinerzeitige heftige Kampagne gegen die Massagesalons damit beendete, daß er die Spalten seines „Kleinen Anzeigers“ mit 52 Massagesalon-Inseraten füllte. Dabei machte es dem Stříbrnyblatt blutwenig aus, daß es selbst die Massagesalons seinerzeit als

„Brutstätten der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten“

bezeichnet hatte. Sehr treffend bemerkt das „Pravo Lidu“, daß das Geschäft dieser Bordelle gut gehen müsse, wenn ihre Einkünfte die tägliche Insertion in einem Blatte erlauben, welches das Erröten freilich schon längst verlernt habe. Das „P. L.“ konstatiert den Widerstreit zwischen der redaktionellen und der Inserationsmoral.

Nun — bei einem Blatt von der Art des hier in Rede stehenden werden solche Feststellungen kaum überraschen. Was aber nachdrücklich festzustellen bleibt, ist die Tatsache, daß — mutatis mutandis — alle diese Beanständungen einer Boulevardpresse

bei dem in deutscher Sprache geschriebenen repräsentativen Organ des Bürgertums zutreffen.

Zwar hat das „Prager Tagblatt“ nie eine Kampagne gegen die Massage-Bordelle geführt, sondern von allem Anfang an mit zufriedenem Lächeln das Geld für die Kuppelinserate eingesteckt. Aber der Widerstreit zwischen dem kultur- und humanitätsgeschwellten redaktionellen Vorderteil und dem anrüchigen Kuppelgeschäft der Inseratenrubriken springt beim „Prager Tagblatt“ noch weit krasser in die Augen.

Es ist charakteristisch für die Denkungsart einer bürgerlichen Leserschaft, daß sie keinen Anstoß daran nimmt, wenn ihr Leiborgan sich auf ein solches Niveau begibt. Gegenüber den 52 Massage-Inseraten im „Poledni list“ hat das „Tagblatt“ immerhin 46 aufzuweisen und deren Stilisierung übertrifft jene an unappetitlicher Deutlichkeit zum Teil ganz beträchtlich. Das „Prager Tagblatt“ steht mit an der Spitze der internationalen Kuppelkonkurrenz seit die „Narodni Politika“ soviel Sauberkeitsgefühl aufgebracht hat, sich dieses Geschäftes zu entledigen. Wir wollen dem „Tagblatt“ nicht vorrechnen, was es aus den „Brutstätten der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten“ täglich an Insertionsgebühren einnimmt. Es ist ein schöner Beitrag und also Grund genug für ein bürgerliches „Kulturblatt“, das Schandgeschäft nicht an den Nagel zu hängen. Summa Summarum wäre also festzustellen, daß tatsächlich gewisse Redaktionen das Erröten längst verlernt haben und ein Appell an das Sauberkeitsgefühl als völlig aussichtslos erscheint. Wie wäre es aber, wenn die Zensur, die sich heute so ausgiebig gegen die freie Meinung betätigt, einmal in den Inseratenkloaken Nachschau hielte?

Ach, keine Sorge! Die Behörden haben, trotz vieler Verheißungen, vor dem modernen Bordellgeschäft offenbar längst kapituliert. Sonst wäre es doch nicht denkbar, daß eine bereits zum Sokolkongreß angekündigte Aktion bisher überhaupt nicht durchgeführt wurde. Die Pseudomoral gehört nun einmal zum Inventar dieser kapitalistischen Welt. So lange diese lebt, wird auch dieser mit humanen und kulturellen Emblemen dekorierte Sumpf bestehen und mit ihm auch seine Nutznießer.

Bg.

PRAGER ZEITUNG.

Die Praxis der Gerichtsbelehrung.

Man bekommt eine Kündigung. Mann separat, Frau separat. Das kostet mehr Porto, das der Empfänger zahlen muß, und erfordert alles andere doppelt, wie man sehen wird. Außerdem macht es auch amtlich mehr Arbeit und vermehrt die rückständigen Akten, was wieder dem allgemeinen Aufwand zugute kommt. Und die Kündigung erstreckt sich auf zwei Räume, aber man hat nur einen. Schon deshalb ist sie ungültig. Außerdem hat man am Tage vor Erhalt der Kündigung auf die Vierteljahrsmiete per 250 K 150 K bezahlt, weil das andere Geld infolge der herrlichen Verhältnisse noch nicht einlangte. Dann: man glaubt unter Mieterschutz zu stehen, weil so ein Gesetz als letzte Zuflucht des staatsverhaßten Nichtbesitzenden existiert. Außerdem soll man im Jänner ausziehen, zu einer Zeit, wo es sehr kalt und die Frau noch knapp aus dem Wochenbett ist. Und schließlich ist durch das Ausziehen wieder einmal die gesamte Existenz gefährdet. Nun, man setzt hin und schreibt dem Gerichte unter Berufung auf den Paragraph bezüglich amtlicher Irrtümer, daß die ganze Kündigung sich auf zwei Räume beziehe und schon deshalb ungültig sei. Dann sei sie antisozial, Gesundheit und eventuell das Leben von Frau und Neugeborenem gefährdend, auch die Existenz sei in Gefahr. — Worauf man vom Gerichte (Praha — Západ, III, Karmelitská) die Verständigung erhält, man möge binnen Fünftagefrist den formalen Einspruch durch einen Advokaten machen lassen oder sich mit einem Armutszeugnis bei Gericht einfinden, wo dann die Sache zu Protokoll genommen werde.

Schön. Im Angesichte des Goldenen Prag wohnend, gehört man zwar zum Polizeibezirk und muß sich auch in Dejvitz melden, aber man wohnt ebenfalls auf einem Dorfe und muß sich auch dort bei der Gemeinde melden, wo man das Armutszeugnis erhält. Man trabt eines Morgens zum Gemeindeamt die Wegstunde und hört: die Formulare für das Zeugnis, daß man nichts habe, bekäme man im alten Rathaus beim Portier. In Prag. Der Gemeindesekretär ist nett und schleppt das Gesetzbuch heran, welches natürlich ein altösterreichisches ist, woraus man Formular etc. ersieht. Worauf man sich nach Prag zu Fuß und Elektrischer begibt und froh ist, daß der Feiertag — Staatsfeiertag — vorläufig allem Privatgeschichtlichen ein Ende macht, nur der Frist von fünf Tagen nicht, weil er zur Weltgeschichte gehört. In Prag muß man natürlich zwei Formulare kaufen, weil man ja aus zwei Personen besteht und zwei Klagen erhielt. Darauf kommt wieder ein Feiertag, diesmal ein kirchlicher, und man tappt andern Tags die Wegstunde zum Gemeindeamt. Worauf man noch — Gerichtssache, bitte — die Bestätigung des Seelsorgers oder der Kultusgemeinde und die der politischen Bezirksverwaltung von Smichov benötigt. Vorher hat man natürlich vom bevollmächtigten Hausmeister bestätigen lassen, daß man nichts besitze. Nach weiterem Spazierengehen und -fahren kommt man zum obigen Gerichte. Dort führt der gefällige Kanzleibeamte die gegen die mögliche Zerstörung ihrer sehr bescheidenen Existenz Protestierenden zu dem betreffenden Beamten (Richter) in das obere Stockwerk, allwo man vor allem wartet, bis noch zwölf Uhr. Dann erscheint im Wartezimmer der junge, vorzüglich genährte, sehr stramm und sehr laut sprechende Richter und erklärt, nachdem er zuerst zur protokollarischen Aufnahme — aber am anderen Tage und also eigentlich jenseits der Frist — bereit war: die Kündigung auf zwei Räume mache nichts aus. Sollten andere Leute, die im zweiten Raum wohnen, davon betroffen sein, so mögen die selber Einspruch erheben. (NB.: diese Leute wissen von gar nichts und hängen in keiner Weise mit den Gekündigten zusammen.) Der Mieterschutz beziehe sich auch gar nicht auf die Gekündigten, da diese erst ein halbes Jahr in der Wohnung wohnen. Außerdem könne ja beim Exekutionsgericht, Prag, Celetná, um Erstreckung der Räumungsfrist, bezw. um zweimaligen Aufschub angesucht werden. — Dem Manne die totale, formale wie inhaltliche Verfehltheit der Klage und also ihre Ungültigkeit beizubringen, scheitert an seinem Prinzip, keine Zeit zu haben — und überhaupt . . . . Also: Tagelange Zeitversäumnisse, durch die Zuschrift des Gerichtes veranlaßt, Geldauslagen: umsonst... Nach Verlassen des Gerichtsgebäudes waren die zwei Schwerverbrecher (sie protestierten gegen die dem Gesetze und dem Tatbestande nicht entsprechende Art und Weise eines vielfachen Millionärs) froh, nicht an die nächste Mauer gestellt und mausetotgeschossen zu sein. — Sie sind aber, sozial geschult, menschlich genug, dem lauten Richter Entschuldigung zuzubilligen. Als sie ihn wenige Zeit später, so um ein Uhr, aus der Straßenbahn heraus auf der Straße sahen, meinte der gekündigte Mann: Der Richter ist zu verstehen: er hatte Hunger . . . Das genügt. —

Einen Sonderausflugszug nach Berlin und Hamburg fertigt in den Tagen vom 11.—14. November die Staatsbahndirektion Prag für den Preis von 365 K pro Person ab. Abfahrt von Prag am 11. November etwa gegen 14 Uhr, Ankunft in Prag am 14. November nach 7 Uhr morgens. Im Preise inbegriffen sind: Beide Fahrten mittels Sonderschnellzug Prag—Berlin—Prag, die ganze Verpflegung, die Fahrt mittels Autocars durch Berlin, die Unfallversicherung und Führung. Anmeldungen bei Entrichtung einer Anzahlung in der Höhe von 100 K nimmt mündlich sowie per Post Schalter Nr. 13 auf dem Prager Masarykbahnhof gleichzeitig mit der Anmeldung zum gemeinsamen Paß entgegen. Derselbe Schalter erteilt auch nähere Informationen.

Gerichtssaal

Tragödien vor dem Arbeitsgericht.

Ein Wrack.

Prag, 3. November. Es gibt kaum eine trostlosere Stätte der Rechtspflege als das Prager Arbeitsgericht. Rein äußerlich gesehen, stellt sich dieser Ort einer sozialen Justiz als ein wahres Muster der Armlichkeit und Verwahrlosung dar. Wenn man über die schmierigen und ausgetretenen Stiegen der alten Mietskaserne im Platteis zum ersten Stockwerk aufgestiegen ist, befindet man sich in einem Korridor, der auch an den lichtesten Sommertagen von einer Gasfunzel erleuchtet werden muß. Ausgetretene Dielen, schmutzige Wände, abgeschabte Türen zu den vier Verhandlungszimmern und auf den Bänken die Menge der klägerischen Dienstnehmer. Da sitzt der Bankbeamte neben dem Gelegenheitsarbeiter, der Kellner neben dem Disponenten, die Bardame neben der Kontoristin, der Schauspieler neben dem Filmstatisten und hunderterlei andere Vertreter der großen Armee jener, die nach dem Gesetz dieser Weltordnung gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen, in der oder jener Form Mehrwert zu schaffen. Es ist eine proletarische Gemeinde hier versammelt, die ihre Ansprüche verficht und es wäre viel erreicht, wenn jeder dieser proletarischen Kläger die Erkenntnis des gemeinsamen Proletarierschicksals mit nach Hause tragen würde. Ja — hätten sich dieser Erkenntnis nur erst einmal alle Augen und alle Hirne geöffnet!

Ein grauhaariger, ausgemergelter, verstört um sich blickender Mann betritt nach dem Aufruf der Parteien den Verhandlungssaal. Er ist in erbärmlichem Zustand, ohne Mantel in dünnem, oft geflicktem Sommeranzug. Dieser Mann war einmal das, was man mit dem gräßlichen Ausdruck als „Verkaufskanone" bezeichnet. Er war Agent für eine Grabsteinfirma; die Firma hat ihn gut geschult. „Sie müssen sich an ihre Leute im Gasthaus heranmachen", riet man ihm. Spesen werden vergütet. „Beim Bier und beim Wein macht man die besten Geschäfte."

Und er machte gute Geschäfte. Viele Jahre lang bezog er stattliche Provisionen aus seinen Abschlüssen. Er konnte gut leben und glaubte, dies würde für alle Zeiten so weitergehen. Aber er wurde alt und der ständige Alkoholgenuß blieb auch nicht ohne Folgen. Die jüngeren Konkurrenten überflügelten ihn. Eines Tages flog er aufs Pflaster.

Nun kämpft er seit Monaten um eine strittige Abfindung, auf die er nach dem Dienstvertrag Anspruch zu haben meint. Die Firma verschleppt den Prozeß. Immer neue Beweisanträge, neue Zeugen, neue Sachverständige. Der arme Mensch begann im Gerichtssaal zu weinen. Er hungert und seine kranke Frau mit ihm. Die Verhandlung mußte neuerlich vertagt werden.

Dies ist das Alterasschicksal eines überflüssig Gewordenen in dieser auf Profitinteresse gegründeten und mit humanen Phrasen verbrämten Kapitalistenwelt. rb.

Aus der Partei

Ausweis für den Monat Oktober.

Die erste Zahl bedeutet Parteifonds, die eingeklammerte Zentralwahlfonds.)

Bodenbach K 4800.— (1220.—), Karlsbad K 6800.— (1700.—), Preßburg K 280.— (70.—), Landskron K 600.— (150.—), Pilsen-Budweis K 800.— (200.—), Prag K 320.— (80.—), Sternberg K 2520.— (560.—), Teplitz-Saaz K 3600.— (900.—), Trautenau K 1680.— (420.—), Troppau K 2330.— (530.—).

Jugendbewegung.

Rote Falken, Prag.

Falkenrat. Samstag, 6 Uhr, Verein deutscher Arbeiter.

Leveller- und Harald-Kameradschaften. Samstag, 4 Uhr, Verein deutscher Arbeiter.

Wanderung. Sonntag, 9 Uhr, Endstation der 17er- und 21er-Elektrischen in Branik.

Sozialistische Jugend, Prag.

Herbstbildungsarbeit. Die Schulungskurse in der Arbeitsgemeinschaft beginnen Dienstag, den 8. November, um 20 Uhr. — 1. Kurs (Einführungskurs) im Heim der S. J. I. am Fügnerplatz Nr. 4: Dr. Hoffmann über „Die ökonomischen Lehren des Marxismus". — 2. Kurs (Borgeschulte) im Heim der S. J. II. (Odborový dum, Bartolomějská 14): Dr. Strauß über „Die Weltwirtschaftskrise im Lichte des Marxismus". — Alle Teilnehmer müssen vorher schriftlich gemeldet sein (Gen. Schönfelder, Gec.). Beitrag für den Kurs: K 5.—.

Jugendfeier: „15 Jahre russische Revolution". Diese Feier muß aus technischen Gründen auf Montag, den 14. November verschoben werden.

Berichterstattung über den 4. Kongreß der Jugendinternationale. Zweite Plenarversammlung. Genosse Kern spricht über „Arbeiterjugend und Abrüstung". Freitag, den 11. November, im Heim der S. J. II.

Kreisleitungs-Sitzung. Samstag, den 5. d. M., 20 Uhr, Verein deutscher Arbeiter. Pünktlich sein!

Kunst und Wissen

Wochenspielplan des Neuen deutschen Theaters. Freitag, halb 8 Uhr: „Zigeunerbaron" (D 2). — Samstag, halb 8 Uhr: „Cavalleria rusticana" — „Bajazzo" (B 2). — Sonntag, halb 3 Uhr: „Bohème" (A. A.), halb 8 Uhr „Rose Berndt", Ensemblegastspiel Deutsches Theater Berlin (A. A.).

Wochenspielplan der Kleinen Bühne. Freitag, 8 Uhr: „Weekend", Kulturverbandsfreunde. — Samstag, halb 8 Uhr: „Bitte, erhören Sie meinen Mann", Erstaufführung. — Sonntag, 3 Uhr: „Weekend"; 8 Uhr: „Dreimal Offenbach".

Sport * Spiel * Körperpflege

Große Fortschritte im französischen Arbeitersport.

Der Verband der sozialistischen französischen Arbeiter-Turn- und Sportvereine hielt am 23. Oktober seinen Kongreß ab. 150 Delegierte vertraten 165 Vereine, das sind 35 mehr als im vergangenen Jahre. Aus dem Kongreßverlauf geht hervor, daß die französische Sektion der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale große Fortschritte macht und daß sie in ein oder zwei Jahren leicht ihren Mitgliederbestand verdoppeln kann. Feststellen kann man ebenfalls, daß die Kassenlage außer Gefahr ist. Der Kongreß beschäftigte sich u. a. mit der sozialistischen Erziehung der Verbandsmitglieder. Der Sekretär der SASI. für die lateinischen Länder, Devlieger (Lüttich, hielt eine Ansprache, in der er die Richtlinien der Internationale in dieser Frage erläuterte. Die Einigkeit zwischen dem französischen und elsässischen Verbandsteil ist nunmehr vollkommen hergestellt. Vom Kongreß wiedergewählt wurde als Vorsitzender Auroy, als Sekretär Lallement und als Kassier Guillevic. In Kürze wird sich eine Tagung des Nationalrates der französischen sozialistischen Partei mit dem Arbeitersport beschäftigen. Am Schluß des Kongresses beglückwünschte Devlieger im Namen der Internationale den französischen Verband zu den erzielten Fortschritten. Es war eine gute Tagung, die die von der kommunistischen Spaltung 1923 hinterlassenen üblen Erinnerungen vollkommen auslöschte.

Erster nationalsozialistischer Arbeitersportverein.

Eine „Spezialität" des bürgerlichen Fußballverbandes in Oesterreich.

In Niederösterreich gibt es eine Ortschaft Radlberg. Dort wurde vor kurzem ein Sportverein der Hakenkreuzler gegründet. Man kennt in Oesterreich ja bereits viele Vereine des bürgerlichen Fußballbundes, die von Nationalsozialisten beherrscht werden, noch außen hin versuchen sie aber doch den Schein politischer Neutralität zu wahren. Nun erfährt man, daß Radlberg zum Geburtsort der nationalsozialistischen Fußballbewegung auserwählt wurde, denn der neue Radlberger Klub nennt sich stolz „Erster nationalsozialistischer Arbeitersportverein". Bemerkenswert ist nun, daß dieser offen hakenkreuzlerische Fußballverein bereits dem Oesterreichischen Fußballbund angehört. Trotz diesem eindeutig politischen Bekenntnis wird der Oesterreichische Fußballbund natürlich weiterhin behaupten, daß er und seine Unterverbände politisch neutral sind. Denn die Sportsektion der Christlichen Gewerkschaften, der Heimwehrsportverein Weißgrün, der Nationalsozialistische Arbeitersportverein sind nur Zufall, Schönheitsfehler in dem Idealbild dieser angeblich politisch so neutralen Sportorganisationen der Bürgerlichen.

Vereinsnachrichten

Naturfreunde. Treffpunkt 9 Uhr, Endstation der 14er, Kobilisy. Führer Zechner.

Der Kuckuck
30 Groschen 30 Pfennig 30 Rappen 1·60 L. K.
Die größte illustrierte Wochenschrift
Erscheint jeden Sonntag
Überall erhältlich

Literatur

„Die Leute von Gaidansk." Roman von Sergej Jurin. Ernst-Rowohlt-Verlag, Berlin. Preis Mk. 4.50. Die Zahl der Bücher, die über Sowjetrußland geschrieben werden oder von dort zu uns kommen, ist bereits Legion, doch hat eine Frage noch keine Beantwortung gefunden: wie der unzweifelhaft gewaltige Umbau, der sich in Rußland vollzieht, auf die Menschen wirkt, das heißt, ob die großen Veränderungen, die sich in der Entfaltung der Produktionskräfte zeigen, auch die Menschen gewandelt haben. Sergej Jurin ist ein junger Sowjetschriftsteller, der es unternimmt, nach dieser Richtung hin die russische Wirklichkeit zu schildern, allerdings wird uns im Vorwort versichert, daß diese Wirklichkeit — das Buch ist in den Jahren 1928-1929 geschrieben — nicht mehr ganz stimmt. Was 1928 landläufig war, das sei es 1932 nicht mehr oder nicht in demselben Grade, denn seither sei die Entwicklung in amerikanischem Tempo vorwärtsgeschritten und damit sei auch manches in der geistigen Haltung der Menschen anders geworden. In dem Roman wird einerseits das alte Thema Väter und Söhne an der Hand eines Familienfalls behandelt, andererseits werden die Verhältnisse auf dem flachen Lande dargestellt, die Kämpfe gegen die Kulaken und es wird auch das Heranwachsen einer neuen Generation gezeigt, die sich den neuen Lebensformen durchaus angepaßt hat. Schließlich wird — und dies ist der eigentliche Hintergrund der Handlung des Buches — an der Entwicklung der kleinen verschlafenen Provinzstadt „Gaidansk" zur modernen Industriestadt die Wandlung gezeigt, die der Fünfjahresplan an vielen Stellen des früher so rückständigen Riesenreiches vollzogen hat oder deren „Transformierung" er zu bewirken im Begriffe ist. An einer Reihe von Personen und Bevölkerungsgruppen lernen wir die Einstellung und die Strömungen für und gegen die neuen Verhältnisse kennen, darunter auch jene Jungen, die die Vorkriegszeit nicht gekannt haben und durchaus Produkte der Sowjeterziehung sind, ohne daß man sagen könnte, daß sie einen erfreulichen und wünschenswerten Typ darstellen, denn eine solche Jugend zu erzeugen, das trifft auch der Faszismus. Eigenartig und temperamentvoll, dabei offen und wahrheitsfreudig, ist das Buch im höchsten Maße lesenswert. —r.

KINO-PROGRAMM
vom 4. November bis 10. November 1932.

Wran-Urania-Kino
„Zwei glückliche Herzen"
das berühmte Lustspiel mit der großen Starbesetzung: Thimig, Alexander, Maxda Schneider.

Wo verkehren wir?
Café „Continental", Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Opatrný)
Täglich Konzert.
PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Das Präsidium des Zájmové ústředí družstevních svazů v Praze gibt die traurige Nachricht von dem Ableben des Herrn

Alois Novák

Vorsitzenderstellvertreter des Zájmové ústředí družstevních svazů v Praze,

bekannt.

Genannter verschied am Dienstag, den 1. November 1932 um 15 Uhr, nach einem kurzen Leiden im Alter von 64 Jahren.

Die Einäscherung findet am Samstag, den 5. November 1932 um 14½ Uhr, im neuen Prager städtischen Krematorium in Prag XII. statt.

Dem Verstorbenen bewahren wir ein dauerndes Angedenken.

Zájmové ústředí družstevních svazů v Praze,
zapsané společenstvo s ručením obmezeným.

1785

Herausgeber: Siegfried Taub. — Chefredakteur: Wilhelm Kiesner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Rota" A.-G. für Zeitungs- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. — Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 18.—, vierteljährlich Kč 54.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rücksendung der Manuskripte erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.